

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Inserate**  
(1/2 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum:  
Reklamen verhältnismäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 14. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreisgerichts-Rath Ribbentrop zu Posen bei Gelegenheit seiner Ver-  
setzung in den Ruhestand den Charakter als Geheimen Justiz-Rath zu verleihen.  
Se. Königliche Hoheit der Kronprinz von Preußen ist gestern von  
Dolzig wieder hier eingetroffen.

Abgereist: Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath und Appella-  
tionsgerichts-Präsident Graf von Rittberg, nach Hohenholz in  
Pommern.

Nr. 63 des St. Anz. enthält Seitens des R. Ministeriums der geistli-  
chen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten einen Erlass vom 31. Dezem-  
ber 1861, die Zusammenlegung des Schulvorstandes bei Simultan- und Kon-  
fessions-Schulen betreffend; ferner Seitens des I. Ministeriums des Innern  
einen Beschluß vom 7. Dezember 1861, die Abänderung bestehender ländlicher  
Ortsverfassungen in Bezug auf das Stimmrecht und die Gemeindefälle der  
Grundbesitzer betreffend.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Donnerstag 13. März. Nachmitt. In der heu-  
tigen Sitzung des Unterhauses deponirte und motivirte  
der Finanzminister v. Plener das Uebereinkommen des Staa-  
tes mit der Nationalbank, so wie die neuen Statuten dersel-  
ben, und legte demnach dem Hause einen Gesetzentwurf vor,  
bezüglich Erhöhung des außerordentlichen Zuschlages zu meh-  
reren direkten Steuergattungen, nämlich zur Grundsteuer, Ge-  
bäudesteuer, Erwerb- und Einkommensteuer. In Folge die-  
ses Gesetzes, das am 1. Mai 1862 in Wirksamkeit treten soll,  
würde eine jährliche Mehreinnahme von 18,600,000 Gulden  
erzielt werden.

Liest, Donnerstag 13. März. Nachmitt. Nach den  
mit der Postabenteurer aus Athen eingetroffenen Berichten vom  
8. d. war die Zahl der Regierungstruppen vor Nauplia auf  
3000 angewachsen. General Hahn war leidend. Flüchtlinge  
aus Nauplia schildern die dortige Lage trübe. In Athen war  
es äußerlich still. Eine Proklamation des Königs an das Volk  
war veröffentlicht worden.

Aus Konstantinopel vom 8. d. wird gemeldet, daß  
Aurschid Pascha, früherer Gouverneur von Belgrad, zum  
Gouverneur der Herzegovina ernannt worden sei.

Frankfurt a. M., Donnerstag 13. März. In der  
heutigen Sitzung des Bundestages haben die Ausschüsse für  
die holländische Angelegenheit den Antrag gestellt, die seit dem  
August 1861 gepflogenen Verhandlungen Oesterreichs und  
Preußens mit Dänemark gutzuheißen und sich der Verwahrung  
vom 14. Februar d. J. anzuschließen.

Trebinje, Donnerstag 13. März. Gestern ist Der-  
wisch Pascha mit der gesamten Streitmacht nach Zubzi auf-  
gebrochen. Die Insurgenten mit ihren Familien und Herden  
sind in das benachbarte Gebirge geflohen. Ein Zusammen-  
stoß hat bis jetzt noch nicht stattgefunden.  
(Eingel. 14. März 9 Uhr Vormittags.)

## M. Das deutsche Handelsgesetz.

### VIII.

Das Prokurenregister enthält unter fortlaufenden Num-  
mern in der Reihenfolge der Anmeldungen, die Bezeichnung des  
Prinzipals, der Firma, des Ortes der Niederlassung und den Na-  
men des Prokuristen. In einer letzten Kolonne wird jede Verände-  
rung des Ortes der Niederlassung und das Erlöschen der Procura  
vermerkt. Zur Anmeldung tritt noch als Erforderniß der Eintra-  
gung die persönliche Zeichnung der Firma durch den Prokuristen  
hinzu. Alle Eintragungen in dieses Register werden durch Ordnungs-  
strafen wider den Prinzipal, oder falls er wegen Minderjährigkeit  
oder aus einem anderen Grunde nicht vollständig handlungsfähig  
ist, wider seinen legitimirten Vertreter erzwungen. Die Eintragung  
der Procura bezweckt nur die Sicherheit des kaufmännischen Ver-  
kehrs, bedingt aber nicht die Rechtsgültigkeit des Vollmachtsverhält-  
nisses. Auch die nicht eingetragene Procura verbindet daher den  
Prinzipal aus den Rechtsgeschäften des Prokuristen. Denn der  
Prokurist wird aus den von ihm abgeschlossenen Rechtsgeschäften  
niemals persönlich verhaftet. Die aus ihnen entstehenden Rechte  
Verbindlichkeiten werden vielmehr nur für und gegen den  
Prinzipal selbst begründet. Die großen Vortheile der Eintragung  
des Prokurenregisters zeigen sich in einer andern Beziehung und  
treten besonders deutlich bei einem Widerruf der Procura hervor.  
Ihr Erlöschen eingetragen und veröffentlicht, so gelten die trotz  
Widerrufs der Procura vom Prokuristen noch vorgenommenen  
Geschäfte, z. B. die unter der Firma des Prinzipals eingegangene  
Selbstverbindlichkeit wider den Prinzipal nur in dem seltenen  
Falle, wenn der Dritte, hier der Wechselgläubiger den schwärzigen  
Nachweis liefert, daß er beim Abschluß des Geschäftes, also hier  
beim Erwerbe des Wechsels, das Erlöschen der Procura weder ge-  
kannt habe, noch habe kennen müssen. Er wird also auch beweisen  
müssen, die Zeitungsnummer, welche die Veröffentlichung enthält,  
eingesehen. Ist dagegen die Eintragung und Veröffentlichung un-  
terblieben, so muß der Prinzipal den Wechsel bezahlen, wenn er  
nicht nachweist, daß der Wechselgläubiger bei dem Erwerbe des  
Wechsels den Widerruf der Procura bereits gekannt hat. Unredliche

Prokuristen werden daher auch jetzt noch im Stande sein, ihren frü-  
heren Prinzipalen Nachteile zuzufügen. Bei der Berathung des  
Gesetzes in der Nürnberger Konferenz wollten auch die preussischen  
Bevollmächtigten den Prinzipal weit sicherer gegen die späteren  
Handlungen ihrer Prokuristen wahren, indem sie ihn drei Tage  
nach der Veröffentlichung des Erlöschens der Procura von jeder  
Haftung für solche Handlungen befreien wollten. Allein grade die  
Vertreter der Handelsstaaten fanden diese Vorschrift für das in  
gutem Glauben und ohne alle Fahrlässigkeit handelnde Publikum  
in höchstem Grade ungerecht und befürchteten davon die völlige  
Untergrabung der Sicherheit des Verkehrs. Es läßt sich auch nicht  
verkennen, daß die schließlich getroffene Bestimmung des Handels-  
gesetzes vor allen anderen Vorschlägen den Vorzug verdient, indem  
sie in sachgemäßer Weise das Interesse des Prinzipals, welcher  
Alles gethan hat, um den Widerruf bekannt zu machen, und das  
Interesse des Publikums, welches die gewöhnliche Aufmerksamkeit  
anwendet, gleichmäßig mit rechtlichem Schutze versteht. Uebrigens  
haftet der Prokurist aus den nach dem Erlöschen der Procura  
vorgenommenen Geschäften persönlich, und hat dabei der Dritte  
die Wahl, Schadenersatz oder Erfüllung des Geschäftes von ihm zu  
verlangen.

Eine vor dem 1. März d. J. ertheilte Procura gilt, weil das  
Gesetz mit dieser Bezeichnung einen ganz bestimmten formellen Be-  
griff verbindet, gegenwärtig nicht mehr als Procura. Der bisherige  
Prokurist ist nicht befugt, als solcher sich auszugeben und darf nicht  
mehr die Firma per procura zeichnen. Eine solche Procura gilt  
dagegen als Handlungsvollmacht, und hat abgesehen von jenen Ein-  
schränkungen dieselbe Rechtsgültigkeit wie früher. Wird sie vom  
Prinzipal zur Eintragung in das Register angemeldet, so liegt in  
dieser Erneuerung, welche in derselben Form wie die Ertheilung  
einer neuen Procura erfolgt, die Uebertragung aller Befugnisse eines  
Prokuristen im Sinne des Handelsgesetzes. Wird eine frühere, nicht  
erneuerte Procura in den Monaten März, April und Mai aufge-  
hoben, so sind für die Nothwendigkeit und die Form der Veröffentli-  
chung der Aufhebung, sowie für die rechtlichen Folgen dieser Ver-  
öffentlichung die bisherigen Gesetze maßgebend. Erfolgt die Auf-  
hebung dagegen später, so gelten die Grundsätze des Handelsgesetzes  
über die Aufhebung der Handlungsvollmachten. Es ist dann jede  
beliebige Form gestattet und dem Prinzipal überlassen, dies nach  
seinem Ermessen bekannt zu machen. Während der Monate März,  
April und Mai werden nur die als neu ertheilt angemeldeten  
Prokuren sofort veröffentlicht, während die Veröffentlichung der nur  
erneuerten Procura erst nach Ablauf dieser Zeit gemeinschaftlich mit  
den in dieser Zeit angemeldeten Firmen und Gesellschaften, und  
zwar nur durch das hiesige Amtsblatt erfolgt.

## Deutschland.

**Preußen.** (Berlin, 13. März. [Vom Hofe; Ver-  
schiebenedes.] Die Majestäten, die Frau Prinzessin Karl und die  
Prinzessin Alexandrine speisten gestern Nachmittags bei der Königin  
Elisabeth zu Charlottenburg. Heute Vormittags arbeitete der König  
mit dem Minister v. Roon und den Generaladjutanten v. Alvens-  
leben und v. Manteuffel und konferirte alsdann mit dem Vervalter  
des Polizeipräsidiums, v. Winter. Mittags hatte der Direktor der  
Kriegsakademie, Generalleutnant v. Schlichting, welcher gestern  
sein 50jähriges Dienstjubiläum gefeiert hat, die Ehre einer Audienz  
und empfing darauf der König den Besuch des Kronprinzen, welcher  
bereits am Morgen vom Schloß Primenau wieder hierher zurück-  
gekehrt ist. Zuvor hatte der Kronprinz eine längere Unterredung  
mit dem Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen und begab sich mit dem-  
selben auch ins k. Palais. Der König konferirte später mit dem  
Ministerpräsidenten und dem Minister v. d. Heydt. Wie es heißt,  
soll schon in den nächsten Tagen eine Proklamation erscheinen, mit  
der sich morgen Vormittags das Staatsministerium in seiner Si-  
zung beschäftigen wird. — Heute Abend wohnte der Hof der Gast-  
vorstellung der Mad. Ristori im Opernhause bei. Nach dem Schluß  
des Theaters ist im k. Palais Soirée, zu der 150 Personen, die  
Hofchargen, die Minister, die Gesandten u. Einladungen erhalten  
haben, Madame Ristori und Fräul. Desirée Artot werden vor den  
hohen Herrschaften verschiedene Scenen u. vortragen. — Morgen  
Nachmittag 4 1/2 ist im hiesigen Schloße die Zerimonie der Ueber-  
gabe des Ordens vom goldenen Vliese an den Kronprinzen durch  
den spanischen Gesandten. Der König wird bei diesem Akte die  
Stelle der Königin Isabella vertreten. Gleich nachher hat der spani-  
sche Gesandte eine Abschiedsaudienz und findet alsdann im Mi-  
nisteriale ein Galadiner statt, an welchem ca. 120 Personen theil-  
nehmen. Die Trauer wird für diesen Tag abgelegt. — Am Sonn-  
abend ist die erste Frühjahrsparade und sind zu derselben die  
Kavallerieregimenter unserer Garnison commandirt worden. Nach  
dem Schluß der Parade ist im k. Palais Dejeuner, zu welchem die  
Generalität und die Stabsoffiziere, welche in der Parade stehen,  
geladen werden. — Der Minister Graf Bernstorff hatte heute Be-  
sprechungen mit den Gesandten Großbritanniens und Oesterreichs.  
Der bisherige Vertreter Spaniens, Marquis de la Ribera, machte  
seinen Abschiedsbesuch. — Der Oberpräsident v. Bonin hat sich  
heute auf einige Tage nach seiner bei Genthin gelegenen Besitzung  
begeben und gedenkt anfangs nächster Woche nach Posen zurückzu-  
kehren. Hr. v. Bonin verkehrte in dieser Zeit viel mit den Ministern  
v. d. Heydt, Grafen Schwerin und v. Patow und machte auch Hrn.  
v. Auerswald wiederholt Besuche. — Das milde Wetter hat unsern  
Bauhändlern schon viel Arbeit gebracht. Auf dem hiesigen  
Potsdamer Bahnhof wird auch bereits der umfangreiche Erweiterungs-  
bau in Angriff genommen. Die vorhandenen Räumlichkeiten  
genügen schon längst dem Bedürfnis nicht mehr.

— [Der Erklärung der deutschen Fortschrittspartei]  
in Bezug auf den Hagenschen Antrag sind nachträglich noch beige-  
treten: v. Bockum-Dolfs, Weisdorff, Grabe, Graf Hade, Hartort,  
Hermann, Heuser, v. Hilgers, Kuhlwein, Matthes, Overweg,  
Pannier, Pieschel (Kalle), Schulz (Hersford); in der ersten Na-  
mensliste fehlte durch Versehen außerdem noch der Name Maibauer.  
Im Ganzen haben also jene Erklärung bis jetzt unterzeichnet 133  
Mitglieder der bisherigen liberalen Majorität; auf die Beitritts-  
erklärung der polnischen Abgeordneten ist von vorn herein gar nicht  
Bedacht genommen, da diese in allen größeren politischen Fragen  
bekanntlich eine Sonderstellung einnehmen; zieht man die Zahl  
derselben von der Majorität der Hundertundsiebenzig, welche am  
Donnerstag für den Hagenschen Antrag stimmten, vorweg ab, so  
bleiben 24 Mitglieder der damaligen Majorität, welche die Erklä-  
rung bis jetzt nicht unterzeichnet haben; nämlich die Herren Bas-  
senge (Lüben), Bassenge (Lauban), Behm, Burgatz, Dopfer,  
Gerstein, Gringmuth, Hinrichs (Grimmen), Hölze, Hoffmann,  
Kraz, Kreuz, Reide, Ritsche, Olberg, Peterson, Riebold, Rit-  
ter, Schlegel, Sombart, Thomien, Wachsmuth, Weygold, Dr. Zie-  
gert. — Von den Abgeordneten, die in der Sitzung am 6. fehlten,  
haben drei, nämlich die Herren Hermann, Reichenheim und Ser-  
vatiuss, ihr Votum nachträglich durch Unterzeichnung der Erklärung  
klar gemacht.

Danzig, 11. März. [Zur Marine.] Für die Marine ist,  
mit Ausnahme der neuen Kanonenboote, welche ausschließlich mit  
gezogenen Kanonen, und zwar 24-Pfündern, ausgerüstet werden  
sollen, nunmehr eine gemischte Bewaffnung mit glatten und gezo-  
genen Rohren festgestellt worden; dieselbe wird zunächst auf sämtli-  
che schon fertige oder noch im Bau begriffene Schraubenkorvetten  
eine Anwendung finden. Von der Panzerung der beiden neu in Bau  
genommenen Schraubenkorvetten „Hertha“ und „Vineta“ ist nun  
definitiv Abstand genommen. (D. N.)

[Strike.] Die auf den hiesigen Privatwerken arbeiten-  
den Schiffszimmerleute haben ihre Arbeiten eingestellt. Sie ver-  
langen Erhöhung des Arbeitslohnes.

Glogau, 12. März. [Kriegsschule.] In Folge der  
Ueberfüllung der bestehenden Kriegsschulen hat der Kriegsminister  
die Errichtung einer fünften Kriegsschule für nothwendig erachtet.  
Der hiesige Festungscommandant, General v. Hirschfeldt, gab dem  
Oberbürgermeister v. Unwerth von diesem Projekte Kenntniß mit  
dem Bemerken, daß höhere Orts gewünscht wird, daß jene neue  
Schule hier in Glogau errichtet würde. In der gestrigen Sitzung  
des Magistrats wurde beschlossen, alle nur möglichen Konzessionen  
zu gewähren, um die Errichtung der Kriegsschule hierorts zu  
ermöglichen.

**Oesterreich.** Wien, 11. März. [Warnung für östrei-  
chische Seefahrer.] Die östreichische Zentral-Seeebehörde hat  
unterm 28. v. M. folgende Bekanntmachung erlassen: „Aus dienstli-  
chen Mittheilungen ergibt sich, daß die f. sardinische Regierung,  
den Verdacht hegend, daß die Dampfer des östreichischen Lloyd und  
andere östreichische Schiffe, die in Ancona anlegen, sich dazu her-  
beilassen, die Entfernung von den annerknten Staaten und Gebieten  
angehörigen Rekrutierungsflüchtlingen zu begünstigen, auf Grund  
eines nunmehr auch in diesen Staaten und Gebieten in Kraft ge-  
setzten Reglements anzuordnen befunden hat, daß alle fremden  
Schiffe, welche von den Seepolizeiorganen als der Verbergung von  
Rekrutierungsflüchtlingen und Deserturen verdächtig angesehen wer-  
den, in den Häfen und auf den Rheiden des sardinischen Reiches,  
so wie in den oben erwähnten Staaten einer Durchsuchung unter-  
zogen werden sollen. Davon werden, in Folge einer ministeriellen  
Verordnung, alle östreichischen Seefahrer zu ihrer Nichtschnur in  
Kenntniß gesetzt, damit sie sich im Hinblick auf die nachtheiligen  
Folgen, die für ihre Fahrzeuge entpringen könnten, jeder Mitwir-  
kung bei der Flucht von Kontributanten aus jenen Häfen enthalten.“

— [Ruthenen und Rußland.] Eine, wie es scheint,  
nicht geringe Bewegung innerhalb der griechisch-unirten Kirche in  
Galizien konstatirt ein neuerdings erlassenes Rundschreiben des  
Erzbischofs Jachimowicz. Dasselbe rügt ernstlich, daß in mehreren  
Gegenden Galiziens, selbst in der Nähe von Lemberg, von den  
griechisch-katholischen Pfarrern eigenmächtige Veränderungen im  
Kirchenrituale vorgenommen wurden, welche den Gebräuchen der  
[schismatischen orthodoxen (d. h. der griechisch-russischen) Kirche ent-  
lehnt sind. So wurde unter Anderm das Lesen der stillen Messen  
abgestellt und die sogenannten Kommunionmessen eingeführt, so wie  
auch das Läuten mit den Kirchenglocken während der Messe abge-  
schafft. Namentlich aber suchte ein großer Theil der niederen Geist-  
lichkeit durch gewisse Neuerlichkeiten, wie durch lange Bärte und  
herabwallendes Haupthaar (Kennzeichen der russischen Popen) den  
Gebräuchen der orthodoxen Kirche sich zu nähern. Alle derartigen  
kirchlichen Neuerungen werden im erzbischöflichen Rundschreiben  
unter den schwersten Kirchenstrafen, wie Exkommunikation u. dgl.,  
verboten. (Man sieht in diesen Neuerungen Zeichen einer Sinn-  
gung der galizischen Ruthenen zu Rußland.)

— [Das Nationalkomitee von Venedig] hat folgende  
Proklamation erlassen: „Venedig! Das Gerücht hat sich ver-  
breitet, die Regierung gestatte die Masken, um den letzten Tagen  
des Carnevals mehr Glanz zu verleihen. Wir erinnern Euch an  
unsere frühere Proklamation; beweiset, daß Ihr sie verstanden habt,  
indem Ihr Euch, wie seither jeder Lustbarkeit enthaltet. Denkt da-  
ran, daß das geknechtete Vaterland Rechnung von demjenigen ver-  
langen wird, der über seinen Schmerz spottet.“

**Baden.** Karlsruhe, 11. März. [Das Gesetz über  
die Aufhebung des Lebensverbandes] wurde in gestriger  
Sitzung der Ersten Kammer mit Stimmenmehrheit nach der Vor-



lage der Regierung angenommen, mit Ausnahme von zwei Paragraphen, welche eine von der Kommission beantragte Fassung erhielten. (Karlsruh. Z.)

**Hessen. Kassel, 12. März.** [Zur Verfassungsfrage.] Wie die „Kass. Ztg.“ hört, war schon vor Einbringung des östereichisch-preussischen Antrags am Bunde eine Denkschrift der kurfürstlichen Regierung vollständig vorbereitet, worin die Ausführungen der badischen Denkschrift aus Gründen des formellen und materiellen Rechts, sowie vom Gesichtspunkt der Politik aus mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Der „Kass. Ztg.“ zufolge, soll diese Denkschrift ohne Rücksicht auf den inzwischen bekannt gewordenen Antrag Preußens und Oesterreichs an die verbündeten Regierungen abgehen und in der nächsten Sitzung des Bundestages, also noch in dieser Woche, zur Ueberweisung an den Ausschuss für die kurfürstliche Verfassungsangelegenheit überreicht werden, eine Erklärung aber auf jenen gemeinschaftlichen Antrag der beiden Großmächte vorbehalten bleiben. Uebrigens hält es auch das kurfürstliche Regierungsorgan für „über allem Zweifel erhaben und von der Konsequenz gefordert“, daß auch Stände nach dem Wahlgesetz von 1831, „wenn sie einberufen werden“, sich inkompetent erklären.

**Sächs. Serpigny. Weimar, 11. März.** [Der Landtag gegen den Bundestag.] Wie bereits telegraphisch mitgetheilt, ist in der gestrigen Sitzung des Landtages der Fries'sche Antrag auf Wiederaufhebung der nach den Bundesbeschlüssen von 1854 erlassenen Preß- und Vereinsgesetze von der Majorität angenommen worden. Wir geben nun auszugsweise die wichtigsten Stellen aus den bezüglichen Debatten. Nachdem die Referate der Majorität des vorberatenden Ausschusses und der Minorität (Abg. v. Abendroth) erfolgt waren, wobei von letzterer Seite die politische Bedeutung des Wiedererstehens des Bundestages, als des einzigen gegebenen Bandes der deutschen Staaten mit besonderem Hinweis auf die gegenwärtige gespannte politische Lage hervorgehoben wurde, ergriff der Antragsteller, Vizepräsident Fries das Wort, indem er zuerst die Behauptungen Abendroths zu entkräften versuchte. Der Bundestag, sagte der Redner, repräsentire nur die Zerrissenheit Deutschlands. Würde die großh. Staatsregierung, auf den Antrag eingehend, das Preßgesetz von 1857 und die Verordnung über das Vereinsrecht von 1856 aufheben, so werde der Bundestag nichts dagegen unternehmen; das Beispiel der Bundesexekution in Kurhessen sei nicht zur Wiederholung verlockend. Der Zweck und die Bedeutung des Antrages sei vor Allem die so möglich einmüthige Erklärung der Volksvertretung eines deutschen Landes gegen unberechtigte Eingriffe des Bundestages in die Gesetzgebung der Einzelstaaten. Der Antrag stehe nicht vereinzelt da: in Meinungen und Roburg sei der gleiche Antrag einstimmig angenommen worden; die Versammlung thüringischer Abgeordneten am 20. November 1861 habe mit großer Mehrheit sich in demselben Sinne ausgesprochen, und auch die damalige Minderheit habe meist nur dagegen gestimmt aus Besorgniß, dadurch das Zustandekommen des Gewerbegesetzes zu gefährden, eine Besorgniß, die er nicht theile. Der Staatsminister v. Wagborst wies in der Entgegnungsrede zunächst darauf hin, daß ein praktisches Bedürfnis für Aufhebung der fraglichen Gesetze nicht nachgewiesen worden, und bemerkte dann, auf die Prinzipienfrage übergehend, der Bund sei allerdings ein völkerrechtlicher Verein, der in der Regel in die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten einzugreifen habe. Als Ausnahmen jedoch enthalten die Bundesgesetze eine Reihe von Verhältnissen, die eine Entwicklung der Bundesgesetzgebung fordern; dazu gehören auch die Bestimmungen über die Presse nach Art. 18 der B.-A. Die Kompetenz des Bundestages zum Erlass der Beschlüsse von 1854 sei wohl nicht zu bezweifeln. Das Wesen der Preßfreiheit sei übrigens dadurch nicht aufgehoben. Weimar befindet sich jedenfalls in Bezug auf die Preßgesetzgebung in einer günstigeren Lage als mancher andere deutsche Staat. Daß in einzelnen Bundesstaaten die Beschlüsse von 1854 nicht publizirt worden, könne die andern von der gemeinsamen Bundespflicht nicht entbinden. Auch sei zu bedenken, daß gerade in jenen Staaten Bestimmungen über die Presse beständen, zum Theil strenger als der Bundesbeschluß selbst. Die Kompetenz des Bundestages zur Erlassung gemeinsamer Bestimmungen über das Vereinswesen sei zwar weniger positiv in einem besonderen Artikel der Bundesgesetze enthalten, werde aber aus Art. II und XXVII der Schl.-A. abgeleitet. Materiell sei zur Aufhebung der Vereinsbestimmungen von 1856 ebenfalls kein Bedürfnis, da die betr. Verordnung nur solche Normen ausgespreche, welche in jedem Staate notwendig seien. Ueber die Reaktivirung des Bundestages bemerkt der Minister: Er habe 1851 dem damals regierenden hochseligen Großherzog Karl Friedrich den Rath ertheilt, nach dem Scheitern aller Versuche zur Herstellung einer deutschen Verfassung, dem wieder zusammentretenden Bundestage beizutreten. Dabei habe ihn weniger der rechtliche, als der politische Standpunkt geleitet; es habe das Großherzogthum, ohne die größten Unzuträglichkeiten, sich nicht ausschließen können. Die Rechtsfrage beurtheile er eben so wie die Minderheit des Ausschusses. Ein Recht des Einspruchs gegen die Thätigkeit des Bundestages würde der Volksvertretung nur dann zustehen, wenn man dem neuen Bundestage größere Rechte auf Kosten der Einzelverfassungen zugemessen hätte, als welche der alte gehabt. Das aber sei nicht geschehen. Der Landtag selbst habe weder bei Verabreichung des Preßgesetzes von 1857, noch bei den regelmäßigen Bewilligungen für Bundeszwecke, jemals die Rechtsabständigkeit des Bundestages angezweifelt. Die Staatsregierung sei daher entschlossen, dem Antrage nicht stattzugeben. Die veränderten politischen Verhältnisse, welche allerdings eine Bundesexekution nicht wahrscheinlich machten, könnten sie zu einem anderen Verhalten nicht bestimmen. Der Staatsminister spricht daher den Wunsch aus, daß der Antrag überhaupt nicht angenommen werde. Er begründet diesen Wunsch schließlich noch durch eine allgemeinere politische Zeitbetrachtung. In der Hoffnung auf endliche Herstellung eines befriedigenden Zustandes der nationalen Verhältnisse stimme er mit dem Antragsteller Vizepräsident Fries überein. Allein wann? wie? nach welchen Krüsen und Erschütterungen vielleicht? sei ungewiß. Bis dahin aber, und um dies Ziel sicher zu erreichen, sei Mäßigung und Beachtung der praktischen Verhältnisse von beiden Seiten zu wünschen. Man sei 1848 in manchen Stücken zu weit gegangen, indem man die Regierungen zu wenig berücksichtigt habe; von der andern Seite habe man seit 1851, ohne wirkliches praktisches Bedürfnis, Alles wieder beseitigen wollen, was 1848 ins Leben getreten. Die Folge dieses, ebenfalls einseitigen Vorgehens

habe sich gezeigt in der entschiedenen Abwendung der öffentlichen Meinung von der ganzen bestehenden Bundesordnung, einer Wendung, die bereits so bedeutsam geworden, daß selbst solche, welche noch vor Kurzem die bestehende Bundesverfassung für keiner Veränderung bedürftig erklärt hätten, jetzt das Gegentheil offen aussprechen. Auch ein kleines Land sei, wie Vizepräsident Fries selbst unlängst gesagt habe, nicht bedeutungslos für das Ganze: daher wünsche er auch aus diesem allgemeinen nationalen Grunde, daß von hier aus ein Beispiel der Mäßigung, des strengen Festhaltens an dem wirklichen praktischen Bedürfnis gegeben werde. Ein Vermittlungsantrag des Abgeordneten Bren erhält nicht die Zustimmung der Versammlung; vielmehr wurde schließlich der Antrag Fries in namentlicher Abstimmung mit 16 gegen 15 Stimmen angenommen.

### Großbritannien und Irland.

**London, 11. März.** [Das Albertdenkmal.] Der Ausschuss für das Londoner Albertdenkmal hat, wie die Kommission der großen Ausstellung, heute schon mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Zu seiner Verfügung hat er einstweilen gegen 40,000 Pfd. St.; aber jetzt schon beschleicht ihn ein beunruhigender Zweifel, ob diese Summe ausreichen werde, um einen Monolith zu schaffen, wie kein größerer noch existirt, und um dessen Basis mit entsprechenden Skulpturwerken zu zieren. Denn schon der Bruch eines solchen Steines ist mit ungeheuren Kosten verknüpft, da Sprengungen vermittelst Schießpulvers bei der Operation kaum zulässig sind und der Bruch lediglich durch Handarbeit geschehen muß. Dann kommt die Frage des Transports, des Schiffs und des Aufstellens an einem von jeder Wasserkommunikation ziemlich entlegenen Punkte und schließlich der Kostenpunkt für die Skulpturen. Am Ende wird der Kostenpunkt doch noch am leichtesten zu überwinden sein. An Geld und Ingenieuren wird es hier nicht fehlen, wenn sich nur der künstlerische Geschmack zur rechten Zeit einstellt.

[Tagesnotizen.] Der amtliche Handelsausweis für den Monat Januar ist gestern veröffentlicht worden. Der deklarirte Werth der Ausfuhr beläuft sich auf 8,439,055 Pfd. St., d. h. auf 94,354 Pfd. St. mehr, als im entsprechenden Monat des vorigen Jahres, während er hinter dem Januar 1860 um 927,443 Pfd. St. zurückbleibt. — Der Minister für Indien hat den ehrenwerthen W. Ambrose Morehead, gegenwärtig Mitglied der Rathskammer von Madras, zum Mitglied der Rathskammer des Generalgouverneurs von Indien ernannt. — Gestern ist in der Mothecombe-Bai an der Küste der Grafschaft Dorset eine östreichische Brigg gescheitert. Wie man hört, ist es „Biate“, welche am 17. Februar von Plymouth nach Trieste abgefeuert. Die Mannschaft war gerettet.

[Parlament.] In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erklärte der Marquis von Normandy, daß er die von ihm auf Freitag angekündigte Interpellation in Bezug auf die Verfolgungen, welche die Presse in Italien zu erdulden habe, auf nächsten Montag verschiebe. Er fügt hinzu, er habe in den letzten paar Tagen Dinge vernommen, die zu beweisen schienen, daß die deutsch zur Sprache gekommene grausame Proklamation keineswegs vereinzelt dastehe, sondern nur ein Bestandteil des von den piemontesischen Eindringlingen eingeführten alledirigistischen Systems sei. Lord Stratford beantragte die Vorlegung gewisser auf die amerikanische Blockade bezüglicher Schriftstücke und sprach die Ansicht aus, daß die Blockade keine wirkliche, sondern bloß eine Scheinblockade sei. Carl Russell entgegnete, es walteten in Bezug auf die Zahl und Größe der Schiffe, welche trotz der Blockade durchgeschlüpft seien, sehr irrtümliche und übertriebene Vorstellungen ob. Ueber das, was zum Begriffe einer effektiven Blockade gehöre, habe er die Kronjuristen zu Rathe gezogen und, nachdem diese ihm Auskunft gegeben, Lord Lyons seine Meinung über den Gegenstand kundgethan. Die verlangten Papiere könne er nicht vorlegen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht vorhanden seien. Die französische Regierung habe sich der englischen gegenüber nicht in förmlicher Weise über die Unwirksamkeit der Blockade ausgesprochen. Die englische Regierung habe sich bei der von ihr eingeschlagenen Politik nicht von Zweckmäßigkeits-Rücksichten, sondern von den Geboten der Gerechtigkeit leiten lassen, und das werde später von beiden Parteien anerkannt werden. An eine Wiederkehr des alten Verhältnisses zwischen dem Norden und Süden der ehemaligen amerikanischen Union sei nicht zu denken und es würde daher das Beste sein, wenn der Norden sich zu einer friedlichen Trennung verstände. Wenn diese erst einmal erfolgt sei, so werde er das freudige Gefühl haben, daß England durch seine Haltung nichts dazu beigetragen habe, den Kampf zu verschlimmern, sondern vielmehr nach Kräften bestrebt gewesen sei, vollständig unparteiisch zwischen beiden Parteien dazustehen.

Im Unterhause that Disraeli einer italienischen Proklamation Erwähnung, die mehrere Tage nach der berühmten Proklamation des Obersten Santoni, Kommandanten von Lucerna, erlassen worden sei. Sie sei von einem gewissen Major Sumel unterzeichnet, der irgendwo in Calabrien befehlige, und aus Ciro, 12. Februar, datirt. Es heiße darin, daß, wer Räubern Obdach gebe, oder ihnen irgendwie behilflich sei, oder, wenn er ihren Aufenthaltsort kenne, nicht sofort den Behörden davon Anzeige mache, auf der Stelle erschossen werden solle. Außerdem werde Jeder mit dem Tode bedroht, der Brot oder Nahrungsmittel irgend welcher Art aus dem bewohnten Theile des betreffenden Bezirkes hinwegtrage, u. s. w. Er wünsche nun zu wissen, ob der englische Gesandte in Turin die Proklamation zur Kenntniß der englischen Regierung gebracht und ob diese dieselben ihre sorgfältige Aufmerksamkeit zugewandt habe. Lord Palmerston entgegnete, auf dem auswärtigen Amte wisse man nichts von der erwähnten Proklamation, doch werde man unverzüglich telegraphisch anfragen, um in Erfahrung zu bringen, wie es um die Sache stehe. Er brauche wohl nicht erst zu sagen, daß Niemand einen größeren Abscheu über den Inhalt der Proklamation empfinden könne, als die Regierung. Von den Räubern im Neapolitanischen seien allerdings die empörendsten Gräuelt thaten verübt worden; aber darin liege keine Rechtfertigung dafür, daß die Behörden ihr Benehmen nachahmten und die Missethaten der Schuldigen an den Unschuldigen heimsuchten. Öffentlich werde die Regierung des Königs von Italien die Proklamation desavouiren. Eine Frage Salisbury's über den Stand der mexikanischen Wirren beantwortete der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Layard, dahin, daß er zuvörderst die verschiedenen Beschwerdepunkte hervorhebe, welche England gegen Mexiko geltend mache. Er erinnere an den Fremdenhaß der klerikalen Partei, deren Wahlspruch „Tod den Ausländern!“ laute, an die Ermordung des englischen und französischen Konsuls, an die nach einem errungenen Siege stattgehabte barbarische Niedermetzelung von 53 gefangenen Offizieren der Gegenpartei, an die aus der britischen Gefandtschaft gestohlenen 600,000 Doll. u. s. w. Als sich später die konstitutionelle Partei in Veracruz festgesetzt habe, sei ihr bald das ganze Land mit Ausnahme der Hauptstadt, die in den Händen der Klerikalen geblieben sei, zugefallen. Kapitän Dunlop habe darauf mit Suarez zum Zweck der Liquidirung der Schulden geschlossen. Was in dieser Uebereinkunft versprochen worden, sei von der mexikanischen Regierung nicht gehalten worden. Dazu sei noch die brutale Ermordung mehrerer Engländer und die Ausräumung einer Kapitale für Fremde gekommen. Die englische Regierung billige nicht die Stelle in der von den Vertretern der drei intervenirenden Mächte erlassenen Proklamation, wo es heiße, der Zweck der Intervention sei der, die Mexikaner in Stand zu setzen, sich eine Regierung zu bilden. England wolle sich vielmehr gar nicht in die inneren Angelegenheiten Mexikos mischen, sondern nur die Erfüllung der von der mexikanischen Regierung eingegangenen Verbindlichkeiten und Schutz für Leben und Eigenthum der englischen Unterthanen erwirken. Es sei nicht wahr, daß die Vereinigten Staaten erklärt hätten, sie würden auf Seite der Mexikaner treten; sie hätten sich vielmehr nur dahin erklärt, sie seien bestrebt, die Unabhängigkeit Mexikos dadurch aufrecht zu erhalten, daß sie ihm die Mittel verschafften, seinen Verbindlichkeiten gegen die drei Mächte nachzukommen. Nach den letzten Nachrichten scheine es, daß Suarez geneigt sei, zu unterhandeln und in die gerechten Forderungen der Verbündeten zu willigen. Ob die mexikanische Regierung Kaperei betrieb, vermöge er nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Gerüchweise verlautete es allerdings,

Uebrigens werde die britische Regierung den Handel und das Eigenthum ihrer Unterthanen schon zu schützen wissen.

[Zur Sklavereifrage.] Ueber die Hinrichtung des Sklavenhändlers Nathaniel Gordon in Newyork bemerkt die „Morning Post“: „Dies Ereigniß wird in Havannah, in Lissabon und an der Küste von Afrika Zorn und Schrecken erregen und alle früheren kommerziellen Berechnungen über den Haufen werfen. Wir sagen nicht, daß die Kapitalisten von Newyork sich ganz vom Sklavenhandel abschrecken lassen werden, aber nur ein Mann von ganz desparatem Charakter wird sich zum Werkzeug jener Kapitalisten herbeiziehen. Insofern hat Präsident Lincoln durch die entschlossene Ausführung des Urtheils dem Sklavenhandel einen härteren Schlag versetzt als durch Abwendung der zahlreichsten Geschwaders in die afrikanischen Gewässer. Der Süden wird wahrscheinlich in Gordons Hinrichtung den ersten einer Reihe von Schlägen sehen, die sowohl gegen den Sklavenhandel, wie gegen die Sklaverei selbst gerichtet sind.“ Die „Times“ empfiehlt den Unionisten, ihre neulichen Siege, wodurch sie mit den Konföderirten quitt geworden seien, als günstigen Vorwand zu Friedensunterhandlungen zu benutzen. Erobern würden sie den Süden ja doch nicht.

**London, 12. März.** [Die Krisis in Preußen.] Alle unsere großen Morgenblätter besprechen die preussische Krisis. Sie verteidigen alleamt das Auftreten der Kammermehrheit als gerechtfertigt und maßvoll, erblicken hinter der Auflösung des Abgeordnetenhauses reaktionäre Tendenzen der Krone und fällen theilweise sehr strenge Urtheile. Der torijistische „Herald“ allein meint, die Kammer habe allzu rasch reformiren wollen, ein langsamer Fortschritt thue noth und das bisherige Kabinett sei als ein Uebergangskabinett nothwendig. Die „Times“ meint, der König hätte den gerechten Forderungen der Kammer nachgeben sollen und wäre in einem so loyalen Lande wie Preußen dadurch populärer geworden, während er durch die Neuwahlen kaum gewinnen werde. Die „Morning Post“ und „Daily News“ urtheilen in ähnlicher Weise, rühmen des Kronprinzen angeblichen Widerstand gegen die Auflösung des Abgeordnetenhauses und tadeln die Regierung gewaltig.

### Frankreich.

**Paris, 11. März.** [Die Rentenkonvertirung.] Der Fouldsche Bericht über die Ergebnisse der Rentenumwandlung liegt im „Moniteur“ nunmehr vor. Seine wichtigsten Bestimmungen sind bereits telegraphisch gemeldet. Vom 15. Februar bis 6. März um Mitternacht wurden in Paris und in den Departements Erklärungen der Inhaber entgegengenommen. Der Betrag der 4 1/2 prozentigen war 173,310,437 Fr. Renten, von dem 1,247,921 Fr., die der Amortisationskasse angehören und annullirt werden können, abgezogen werden müssen. Der wirklich umwandelbare Betrag der 4 1/2 proz. beträgt 172,062,516 Fr. Davon wurden 129,695,901 Fr. zur Umwandlung präsentirt, so daß jetzt nur noch 42,366,615 Fr. 4 1/2 proz. Renten bleiben. Die Dotationsrenten, die Renten von Minoritäten u. s. w., die aus gesetzlichen Gründen im Zustande der Unbeweglichkeit sich befinden und die auf 30 Millionen geschätzt werden, konnten jetzt nicht umgewandelt werden. Rechnet man die Renten hinzu, die im Besitze von Bewohnern der Kolonien, von Ausländern und im Auslande wohnenden Franzosen sind, welche die Umwandlung in so kurzer Frist noch nicht anzeigen konnten, so erhellt, daß die wirklich freien und sofort verfügbaren Renten nur einen kleinen Theil der 42 Millionen nicht umgewandelter Renten bilden. Die großen Finanzgesellschaften haben fast ohne Ausnahme konvertirt, ebenso gehören die Gemeinden, die öffentlichen und die religiösen Anstalten und die Spitäler, denen das Gesetz vom 26. Febr. 1862 die Zahlung der Soule erleichterte, zu den Rentenumwandlern. Die Betheiligung des Publikums war so groß, daß die Zahl der Renteninhaber, die umgewandelt, 388,000 überstieg. Fould erblickt in diesen Thatfachen glänzende Beweise von der Zuversicht, mit der die Nation ihre Interessen in des Kaisers Hände legt. Die Umwandlung der 4 proz. war nicht minder glänzend. Von 2,088,350 Fr., nach Abzug der 23,165 Fr., welche die Amortisationskasse besitzt und die folglich annullirbar sind, wurden 1,561,849 Fr. Renten von 1701 Inhabern präsentirt. Es wurden also, Alles in Allem gerechnet, von dem Betrage von 174,151,366 Fr. der 4 1/2 und 4 prozentigen Renten konvertirt 131,257,750 Fr., der 4 1/2 und 4 prozentigen Renten geblieben 42,893,616 Fr. Was die dreißigjährigen Schuldcheine anbetrifft, so werden im Ganzen 700,000 ausgegeben, die durch Amortisation auf 675,160 gebracht wurden; hiervon werden 602,575 umgewandelt, so daß noch 72,585 in Umlauf blieben. „Das Ziel“, jetzt Fould hinzu, „das die Regierung sich vorgesetzt hatte, ist also erreicht, denn ein großer Schritt zur Gleichheit der Schuld liegt vor und der Schatz hat gleichzeitig ein bedeutendes Kapital realisirt. Obgleich letzteres Ergebnis nur eine sekundäre Bedeutung hat, im Vergleich zu ersterem, so ist es doch ein beruhigender Gedanke, daß die schwebende Schuld um 155 Millionen erleichtert werden kann. Diese wird dadurch wieder auf Verhältnisse zurückgeführt, die sie, ohne Bedenken zu erregen, wiederholt in den letzten Jahren hatte.“

[Tagesnachrichten.] Die heute hier eingetroffene Nachricht von der Auflösung der preussischen Kammer hat in den politischen Kreisen kein besonderes Aufsehen erregt, da man eine solche Maßregel erwartete. Fast allgemein ist man jedoch der Ansicht, daß es mehr in dem Interesse der Regierung gewesen sei, mit der jetzigen Kammer fortzuregieren. Man ist nämlich hier überzeugt, daß falls neue Wahlen stattfinden, diese noch weniger im Sinne des jetzigen preussischen Ministeriums ausfallen werden. Die Erklärungen, welche gestern Baroche in der Kammer gab, haben einige Sensation gemacht. Die Andeutungen, die er über das Komplot gab, fielen um so mehr auf, als der größte Theil der Verhafteten keine Kommunisten sind. Unbemertt blieb es auch nicht, daß er der Regierung gradezu das Recht zusprach, die Deputirten überwachen zu lassen! Sonst gab man eine Ueberwachung selbst bei Privatpersonen nicht offiziell zu. — Ueber den Gang des Prozesses, der gegen die zuletzt verhafteten Personen eingeleitet worden ist, vernimmt man wenig. Bis jetzt befinden sie sich noch alle in Mazas in geheimer Haft. — Der kleine Streit, der sich zwischen dem hiesigen amerikanischen Gesandten und Thowenel erhoben hat, ist jetzt beigelegt. Ersterer war nämlich darüber ungehalten, daß mehrere von ihm empfohlene Personen keine Einladungen zu den Försbällen erhalten hatten. Der amerikanische Gesandte hatte darüber nach Washington berichtet und Seward ihm geantwortet, daß der Kaiser von Frankreich einladen könne, wen er wolle, daß es zumal jetzt nicht an der Zeit sei, Befriedigung für persönliche Eitelkeit zu suchen.



und er seinen abgewiesenen Landsleuten sagen möge, daß sie sich in Zukunft im Auslande mit etwas patriotischeren Dingen beschäftigen möchten, falls sie nicht vorziehen sollten, nach Amerika zurückzukehren. — Außer den offiziellen Kandidaten der französischen Akademie werden viele andere Gelehrte und Schriftsteller, und unter diesen auch wieder George Sand, in Vorschlag gebracht. Die berühmte Schriftstellerin hat große Aussicht, gewählt zu werden. — Das Werkchen des Grafen von Paris, über den Libanon, ist in Paris verboten worden. In London sind zwei Ausgaben desselben erschienen. — Nach glaubwürdigen Mittheilungen beläuft sich die Zahl der Kranken des verbündeten Expeditionskorps, die bis jetzt von Veracruz nach der Havanna gebracht wurden, auf 600. — Nach einer Privatdepesche aus Newyork vom 26. Februar in der „Patrie“ soll die Mission des Generals Scott darin bestehen, dem Präsidenten Suarez eine Konvention vorzulegen, der zufolge er in den Stand gesetzt werde, die fremden Mächte sofort zu entschädigen. Dem halbamtlichen Blatte gefällt dieses natürlich nicht; es meint, daß dadurch Mexiko in die direkte Abhängigkeit der Vereinigten Staaten kommen und zum Vasallen derselben herabsinken werde. Scott soll Ende März in Mexiko eintreffen.

— [Eine Petition der Bäckerzunft an den Kaiser.] Bekanntlich steht die Bäckerzunft in Paris unter besonderer Aufsicht der Regierung und die Kasse der Ersteren ist nach ähnlichen Grundsätzen wie die der Agents de change eingerichtet. Der Preis des Brotes wird nicht im Verhältniß zu den Getreidepreisen des Augenblicks normirt, sondern einfach von der Verwaltungsbehörde festgesetzt, und auf einer gewissen mittleren Höhe künstlich erhalten oder auf dieselbe gewalttham herabgedrückt. Gesezt, das Kilogramm könnte heute für 35 Centimes geliefert werden, so wird den Bäckern befohlen, es für 45 zu verkaufen. Die überschüssenden 10 Centimes fließen in die gemeinschaftliche Kasse. Stellt sich nach einiger Zeit der natürliche Herstellungspreis auf 55 Centimes, so muß doch der bisherige Preis festgehalten werden; die Entschädigung dafür wird den Bäckern aus ihrer eigenen Kasse übermittlelt. Dies Verfahren ist aber nicht nur künstlich, sondern geradezu ungerecht, denn der Bäcker, welcher 2000 Sacd Mehl zu einem hohen Preise verkauft hat, von dem Käufer aber betrogen und nicht bezahlt worden ist, hat trotzdem die Verpflichtung, den imaginären Gewinn an die Kasse abzuliefern! Dazu kommt ferner, daß der Nutzen, welcher den Bäckern erlaubt ist, auf eine Kostenberechnung sich gründet, die im Jahre 1823 normirt worden. Nun ist überflüssig darauf hinzuweisen, daß innerhalb dieses fast 40jährigen Zeitraums die Herstellungskosten, die Löhne, die Miete, die Arbeitslöhne u. s. w. ungeheuer gestiegen sind und das Verhältniß ein unbilliges ist gegen früher. In Folge davon haben während der letzten Jahre 55 Bäcker fallirt. Die Zunft will daher nicht länger ihren Verdienst als Verhütungsmittel für die Pariser Arbeiter verwendet sehen und hat mit einer Petition an den Kaiser sich gewendet, die Bäckerkasse aufzuheben und das Gewerbe völlig frei zu geben, oder schlimmsten Falles eine neue Kostenberechnung anzulegen und nach dieser den Preis des Brotes bestimmen zu lassen. Ob ein solcher Schritt schon jetzt einen günstigen Erfolg für die Petenten haben wird, läßt sich nicht absehen, indessen so viel ist gewiß, daß es früher oder später einen ungünstigen Ausgang für die Regierung nehmen muß. (B. 3.)

### Belgien.

Brüssel, 11. März. [Antwerpener Meeting; Kammerverhandlungen.] In Antwerpen hat gestern ein zweites, von 10,000 Personen besuchtes Meeting stattgefunden, in dem es zu sehr viel heftigen Reden gegen die Person des Kriegsministers gekommen ist. Die Versammlung hat eine Petition an die Kammer unterzeichnet, in der um Zerstörung aller die innere Stadt bedrohenden Festungswerke sehr energisch nachgesucht wird. Nach dem Schluß der Sitzung begaben sich die Theilnehmer in dichten Zügen vor die Wohnung des Bürgermeisters Voos, wo sie die tausendstimmige Rufe: „Nieder mit der Festung! Nieder mit Chazal!“ u. s. w. erschallen ließen. Die Polizei hatte umfassende Vorkehrungsmaßregeln ergreifen, die gesamte Garnison war konsignirt, und hat man glücklicherweise von weiterem Unfug Abstand genommen. — Eben die Angelegenheit der Antwerpener Serbituten stand auf der heutigen Tagesordnung der Kammer; allerlei Zwischenfälle aber machten die Vertagung dieser wichtigen Frage auf morgen notwendig. Vor Allem war es eine Interpellation über das Rundschreiben, durch welches Vandenpeereboom den Volksschullehrern das Recht, sich zu vereinigen, um eine Petition an die Kammer zu richten, benommen hat. Der Minister des Innern verteidigte jenes Rundschreiben. Eine zweite Interpellation bezog sich auf gewisse skandalöse Vorfälle, zu denen sich die Bevölkerung von Mecheln bei Gelegenheit eines anglikanischen Begräbnisses hat hinreißen lassen. Der Justizminister erwiderte, eine Untersuchung sei deshalb bereits eingeleitet worden und werde man die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes heimsuchen. (K. 3.)

Brüssel, 13. März. [Telegr.] Nach der „Indépendance“ hat Herr v. Thovenel in einer Note an Ratazzi die Auflösung der Vereine des Provedimento lebhaft gefordert, falls dieselben sich nicht ruhiger verhielten. — Eine andere Note Thovenel's fordert Spanien auf, den Mißverständnissen der Kommandirenden der spanischen Streitkräfte in Mexiko ein Ziel zu setzen, widrigenfalls die Franzosen vorrücken würden.

### Italien.

Turin, 11. März. [Tagesnotizen.] Nach der „Opinion nationale“ ist es vollkommen gewiß, daß Garibaldi nächstens in die Südpromontorien abgehen werde, um die vier Freiwilligendivisionen zu organisiren. Ebenso sicher stehe auch die Reise des Königs Victor Emanuel nach Neapel. Garibaldi würde ihn begleiten. (?) — Ricaloli lehnt die Annahme der Präsidentschaft für die Deputirtenkammer ab. — Marquis Depoli ist zum Könige nach Mailand berufen. — In Mailand hat, wie die dortige „Lombardia“ meldet, der Verein der Geistlichen beschlossen, dem vom Erzbischof gegebenen Befehle, sich aufzulösen, nicht Folge zu leisten. — Die „Peregranza“ sagt am Schluß eines Artikels über die Rede des Prinzen Napoleon: „Wenn der Papst, trotz aller von Seiten Italiens verprochenen und vertragmäßig festgesetzten Garantien, auf seiner Weigerung beharrt und Rom verläßt, dann würde sich für uns die Nothwendigkeit ergeben, die äußere Organisation der Kirche mit Umgehung des Papstthums zu gestalten.“ — Im Neapolitanischen wird jetzt die Aufnahme der Inventarien der Klöster

mit Nachdruck durchgesetzt. Die Beamten des Fiskus werden in Nonnenklöstern von zwei Geistlichen begleitet. Wo Gewalt nöthig wird, zieht der Fiskus die Nationalgarde hinzu.

— [Die Rede Garibaldi's] bei Eröffnung der Genueser Generalversammlung lautet vollständig, wie folgt:

Mitbürger! Ich fühle mich wahrhaft glücklich, und Jeder von Euch in dieser Versammlung wird sicherlich dieselbe Befriedigung empfinden; ich fühle mich glücklich, weil ich mich in Mitte der Vertreter eines freien Volkes befinde, der Vertreter eines Volkes, welches das Glück gehabt, den Beifall der Welt zu verdienen für seine edle Haltung, und den Beifall der ganzen Menschheit, deren Prinzipien es sich umfaßt hat. Ja, ich fühle mich glücklich, mich unter den Vertretern des italienischen Volkes zu befinden, den Vertretern der ganzen italienischen Familie, weil wir, wenn auch die gegenwärtigen Umstände nur die Repräsentanten der freien Provinzen hier zu vereinigen gestattet, auch das Glück haben werden, die Vertreter der noch unterworfenen Provinzen in unserer Mitte zu sehen, der Brüder, die wir Alle ohne irgend einen Zweifel (ich brauche auf diese Worte keine besonderen Nachdruck zu legen) zu befreien geschworen haben. Heute ist der Hauptzweck, um dessen willen das Zentral-Provedimentokomitee diese Versammlung berufen hat, der, uns über die Organisation und Verschmelzung aller freisinnigen italienischen Gesellschaften zu verständigen, ein heiliger Zweck, der uns zur Vollendung der Geschichte unseres Vaterlandes führen wird. Ich bin in diesem Augenblicke von Männern umgeben, welche die Geschichte besser kennen, wie ich; aber so wenig man sie kennen mag, man weiß doch, daß die Ursache der Leiden Italiens in seinen inneren Zerwürfissen liegt. Daher ist die Idee, die Eintracht aller Gemüthern einzufügen, alle Glieder der großen italienischen Familie zu verschmelzen, gewiß eine heilige Idee, und Sie erlauben, daß ich diesem edelsinnigen Gedanken des Provedimentokomitee's meinen Beifall ausdrücke. Die Idee also, alle liberalen Vereine zu einem einzigen zu verschmelzen, wird wohl die Zustimmung aller Repräsentanten dieser Vereine erhalten. Im entgegengelegten Falle giebt die freie Diskussion Jedem das Recht, seine Meinung zu sagen. Für meine Person bin ich durchaus für die Vereinigung der Gesellschaften, damit, um es kurz zu sagen, das römische Büchsenbündel (il fascio romano) dargestellt werde. Ein Bündel, vor dem sich sicherlich alle Tyrannen beugen werden. Ich habe meine Meinung ausgedrückt über das, was unser Land betrifft, und Ihr mögt entscheiden. Aber ich füge für mich noch hinzu, daß ich glücklich sein würde, wenn diese Union der liberalen Vereine sich nicht nur über die Halbinsel, sondern noch darüber hinaus erstreckte, d. h. wenn die Italiener allen Sklaven der Welt die Hand reichen. Daher lege ich auch dies Euren Beratungen vor. Endlich müßte noch eine Benennung gewählt werden, welche mehr oder weniger den eben ausgedrückten Gedanken wiedergäbe. (Großer Beifall.)

Neapel, 5. März. [Neue bourbonistische Unternehmungen.] Die Rubrik „Brigantaggio“ ist jetzt wieder regelmäßig in den hiesigen Blättern zu finden, und bringt eine täglich länger werdende Reihe von Nachrichten. Bis jetzt sind es nur die Ueberreste der vorjährigen Guerillaheeren, welche ihre Schlupfwinkel verlassen haben und wieder im Feld erscheinen sind. Sie bemühen sich, die vielen im ganzen Lande zerstreuten und versteckten fahnenflüchtigen Rekruten zu sammeln, und haben dem in den meisten Distrikten zu einem elenden Räuberunwesen ausgearteten Kampf durch ihr kräftigeres Auftreten einen Theil seines früheren politischen Charakters wiedergegeben. Die im Ausland für die königliche Sache wirkenden Komitee's sind mit den gesammelten Kräften noch nicht auf dem Kampfplatz erschienen. Gegen Ende dieses Monats werden sie durch Landungen, Einfälle und Proklamationen das Signal zu einem Aufstande der unzufriedenen Bevölkerung geben. Um eine einheitliche Leitung in die Operationen zu bringen, wird der General Cristiani den Oberbefehl über alle Guerillas übernehmen. Er hat von den verschiedenen Chefs einen Bericht über die Stärke ihrer Korps verlangt, und ihnen zugleich die Nachricht zukommen lassen, daß er selbst im März ins Feld rücken werde. Ein legitimistisches Komitee in Paris hat den königlichen durch den General Cutrignano, der sich gegenwärtig in Rom befindet, Geld, Waffen und Leute angeboten. Die kleinen Gefechte, welche gegenwärtig bald hier bald dort geliefert werden, sind augenscheinlich nur als Vorläufer anzusehen. Am bedeutendsten ist der Krieg immer noch im Gargano, wo die Banden trotz der kantonischen Tagesbefehle es ermöglichten, sich zu mehreren Hundert Mann starken Korps zu vereinigen. So meldet die „Tr. Itz.“ aus Foggia, 5. März: Die Truppen des 49. Regiments haben fort, die Brigantischen im Gargano zu verfolgen. Bei St. Marco in Lamis wurden gestern fünf, darunter ihr Führer Ramens Bardella, mit den Waffen in der Hand ergriffen und gefesselt. Auch wurden viele Pferde, Munition und andere Gegenstände erbeutet. Andere Briganti und Rekruten stellen sich auf mehreren Punkten. — Aus Neapel, 8. März, wird das Wiederaufsteigen des Banditenwesens bestätigt. In der Basilicata zeigen sich bourbonistische berittene Banden, 60–100 Pferde stark. Die neapolitanischen demokratischen Blätter dringen jetzt darauf, daß Garibaldi zurückkehren möge, um sein Werk zu vollenden. In Neapel wurden Waffen und bourbonistische Proklamationen mit Beschlag belegt.

Rom, 6. März. [Goyons Maßregeln; Merode und Matteucci im Streit.] Der halboffizielle „Patrie“ wird von hier geschrieben, die große militärische Demonstration Goyons am 28. Februar erklärte sich dadurch, daß die päpstliche Gendarmarie die Absicht verrathen hätte, die Blutscenen vom 9. März 1860 erneuern zu wollen, wenn die Unionisten an diesem Tage auf dem Corso eine Kundgebung versuchen sollten. Die Freireiheitspartei hatte diese Herausforderung angenommen und rüstete sich, die Gendarmarie, falls sie einhauere, mit Stiletts zurückzuschlagen. Um dies zu verhüten, traf er militärische Maßregeln, um die Parteien auseinander zu halten. — Demselben Blatte zufolge verfügt jetzt Msgr. de Merode, nach einem heftigen Austritt mit dem Polizeipräsidenten Matteucci, nach Guldunkeln über die päpstliche Gendarmarie und läßt zahlreiche Verhaftungen und Hausdurchsuchungen vornehmen. Zwischen dem Waffenminister und dem Polizeipräsidenten werden „die beleidigendsten Briefe“ gewechselt.

Rom, 8. März. [Diplomatisches.] In Marseille ist die Nachricht eingetroffen, daß Hr. v. Lavalette in feierlicher Audienz seine Beglaubigungsschreiben im Vatikan überreicht hat.

Rom, 11. März. [Telegr.] Gestern Abends fand auf Anlaß des feierlichen Empfanges beim französischen Gesandten eine Kundgebung von Seiten der Kardinäle, der päpstlichen Hofbeamten, des diplomatischen Korps, des römischen Adels und einer Anzahl von Bewohnern Roms, so wie von vielen Fremden statt. Heute versammelte sich eine sehr große Menschenmenge vor der prachtvoll geschmückten Wohnung des Hrn. v. Lavalette.

### Spanien.

Madrid, 10. März. [Kleine Notizen.] Hr. Roß, der Bevollmächtigte der Südstaaten ist hier angekommen. — Salaverria hat die Ermächtigung zur Ausgabe von 190 Mill. R. nachgesucht. — General Miramon ist von Veracruz in Madrid eingetroffen. Er war kein Gefangener der Engländer gewesen, sondern nur zur unverweilten Abreise aufgefordert worden.

Kopenhagen, 10. März. [Der Indigenat-Gesegentwurf.] Die zweite Reichsraths-Verhandlung über den Gesegentwurf, betreffend die Ertheilung des Indigenats an eine Anzahl aus dem Auslande eingewanderte Personen, nahm an sich zwar nur sehr kurze Zeit in Anspruch, war aber darum doch von einer hervorragenden Bedeutung. Es wird diese Angelegenheit zu denen zu zählen sein, deren weiteren Verlauf man deutscherseits mit Aufmerksamkeit verfolgen muß. Denn es tritt in dieser Angelegenheit die Präzession des Rumpfreichsraths, die Ausübung der gesetzgebenden Macht nicht bloß für Dänemark und Schleswig, sondern auch für Holstein an sich zu zeigen, und unter der Maske einer souveränen Reichsvollkommenheit, die dem König als Herzog von Holstein und Lauenburg beizubringen soll, eine Souveränität des Rumpfreichsraths über die beiden Bundesländer zu etablieren, so klar nachweisbar hervor, daß ein Gewährlassen in dieser Beziehung die ganze rechtliche Stellung der Herzogthümer aufs Gefährlichste präjudiziren würde. Das Indigenat ist ein unteilbares für die gesammte Monarchie; eine Verleihung desselben für Dänemark und Schleswig ist also nicht möglich, ohne zugleich mit für Holstein in Kraft zu treten. Gleichwohl hat die Regierung schon in der Diät von 1859 dem Rumpfreichsrathe einen Gesegentwurf, wodurch einer Anzahl von Personen das Indigenat verliehen werden sollte, vorgelegt und, nachdem die Versammlung denselben angenommen, ihn unter dem 8. Dezember 1859 zur Ausführung gebracht. Die offenbare Verletzung der Selbstständigkeit und Gleichberechtigung Holsteins, welche darin lag, daß dem Reichsrathe ein gesetzgeberischer Einfluß auf Holstein zugesprochen wurde, suchte man damit zu maskiren, daß man das vom Rumpfreichsrathe votirte Gesetz nur für Dänemark-Schleswig publicirte, während man für Holstein unter demselben Datum dem Gesetze die Form einer „Allerhöchsten Resolution“ gab und somit die angebliche Vollkommenheit des Königs in Betreff Holsteins die fehlende Kompetenz des Rumpfreichsraths ergänzen ließ. Aber die dänische Regierung hat sich offenbar der Versuchung nicht entziehen können, daß, was damals so bequem sich zur Ausführung bringen ließ, diesmal doch ernste Schwierigkeiten hervorrufen dürfte. In der That stehen einem ähnlichen Verfahren jetzt nämlich die Bundesbeschlüsse vom 8. März 1860 und 7. Februar 1861 entgegen. Denn die angeführten Beschlüsse verlangen, wie bekannt, daß, in Wahrung der Gleichberechtigung der deutschen Bundesländer mit den übrigen Theilen der Monarchie für die Dauer des Zwischenzustandes, alle Gesetzesvorlagen, welche dem Reichsrathe zugehen, auch den Ständen der Herzogthümer Holstein und Lauenburg unterbreitet werden sollen. Die Regierung hat deshalb diesmal aus Vorsicht sich im Rücken eine Thür offen halten zu müssen geglaubt. Sie hat nämlich in dem diesmal dem Rumpfreichsrathe vorgelegten Indigenatgesetze am Eingange den Satz beigefügt: „Insofern eine entsprechende Bestimmung für das Herzogthum Holstein gegeben wird, wird folgenden Ausländern das Indigenatrecht verliehen.“ Dieser Zusatz ist es, der einigen Mitgliedern des Rumpfreichsraths die Andeutung zu enthalten schien, daß die Regierung die Absicht nähere, dem Verlangen des Bundesbeschlusses vom 8. März 1860 gemäß, diesmal auch den holsteinischen Ständen das Indigenatgesetz zu unterbreiten, und das wollen die verehrlichen Mitglieder nicht dulden. Deshalb war es, daß die zweite Verhandlung des Gesegentwurfs abgebrochen und die Sache vorerst an einen Ausschuss überwiesen wurde. Der Ausschuss hat nun in der That dem Gesegentwurf eine Form zu geben gesucht, welche, ohne es offen herauszusagen, doch die Regierung nöthigen soll, das Gesetz für Holstein zu emaniren, ohne vorerst den holsteinischen Ständen eine Vorlage dieser Art zu machen. Der Ausschuss empfiehlt nämlich dem Rumpfreichsrathe, der Einleitung des Gesegentwurfs folgende Fassung zu geben: „Insofern gleichzeitig mit der Bestätigung dieses Gesetzes eine entsprechende Bestimmung für das Herzogthum Holstein erlassen wird, wird folgenden Ausländern u. s. w.“ Um die Bedeutung der eingeschobenen Worte: „gleichzeitig mit der Bestätigung dieses Gesetzes“ zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß nach §. 45 der Oktoberverfassung jeder vom Reichsrathe votirte Gesegentwurf, innerhalb eines Zeitraums von 3 Monaten vom Könige sanktionirt werden muß, widrigenfalls er als in Wegfall gekommen anzusehen ist und demnach nicht mehr emanirt werden kann. Da nun nicht anzunehmen ist, daß die Regierung in den nächsten drei Monaten schon die Zustimmung der holsteinischen Stände für ein entsprechendes Gesetz in Betreff Holsteins werde erlangen können, so ist bei Annahme des Ausschusses Alternative, die ihr gelassen wird, nur die: entweder wiederum, wie 1859, mittelst einer einseitigen Resolution das Indigenatgesetz für Holstein zu oktroyiren, und somit den Bundesbeschuß vom 8. März 1860 zu brechen, oder aber ihren eigenen Gesetzesvorschlag fallen zu lassen. Allerdings war der Ausschuss so vorsichtig, sich in dem Bericht selbst über die Bedeutung der eingeschobenen Worte nicht weiter auszulassen und sich jeder Motivirung gänzlich zu enthalten; aber ein Mitglied desselben, der Höchstengerichts-Professor Mourier, gab unumwunden genug über Bedeutung und Tragweite der eingeschobenen Worte Auskunft. Ich gebe seine Auslassung wegen ihrer Bedeutung nach der offiziellen „Rigsdagstidende“: „Ich nehme“, sagte er, „an, daß, wenn der Reichsrath dem Veränderungsvorschlage des Ausschusses beitrifft, seine Rede davon wird sein können, die Emanation des Gesetzes von der Zustimmung irgend einer anderen repräsentativen Versammlung zu bedingen; diese Frage wird alsdann, meine ich, im Hinblick auf die Bestimmung des §. 45 des Verfassungsgesetzes, von selbst wegfallen.“ Herr Hall, der gegen den Ausschussantrag nichts einzuwenden hatte, schien es doch nicht gerathen zu finden, sich mit gleicher Aufrichtigkeit auszulassen und im Namen der Regierung die Erklärung Mouriers zu acceptiren. Er zog es vor, mit leeren Redewendungen, die kein Za und kein Nein enthielten, über die Proklamation Mouriers hinwegzukommen und der Ausschussantrag wurde denn auch mit einer Redaktionsänderung, wonach statt „insofern“, „wenn“ gesetzt wurde, so gut wie einstimmig angenommen. (M. P. 3.)

### Amerika.

Newyork, 26. Februar. [Zur Sklavenfrage; Proklamation Jefferson Davis's.] General Falloch hat das Stehlen und Verstecken von Sklaven unterjagt, denn, sagte er in seinem betreffenden Befehl, man müsse den Leuten im Süden zeigen, daß die Föderalisten nicht gekommen seien, um die Verfassung umzustößen, sondern um dem Lande Frieden und Sicherheit wiederzugeben. — Aus der Adresse von Jefferson Davis, veröffentlicht am 22. Febr. in Richmond, bei Gelegenheit seiner Inauguration als Präsident des südlichen Bundes für die Dauer von 6 Jahren, heben wir folgende Stelle heraus: „Obwohl der Kampf noch nicht beendet ist und die Stimmung sich in diesem Augenblick gegen uns zugewendet hat, kann das schließliche Ergebnis zu unseren Gunsten doch nimmermehr zweifelhaft sein. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wann der Norden unter der Last seiner Schulden, die noch auf die zukünftigen Geschlechter drücken wird, erliegen muß. Hat die Anerkennung der angeblichen Blockade durch das Ausland uns des Verkehrs mit diesem beraubt, so erreichen wir durch sie allmählig den Vortheil, daß wir unabhängig für unsere Bedürfnisse aufkommen können. Die bei dem jetzigen Kampfe ins Spiel gezogenen Interessen sind nicht auf den Süden allein beschränkt. Die ganze Welt ist an der Erschließung der Südhäfen betheiligt. Sind diese erst anerkannt, werden sie den Fabrikanten des Auslandes die allergünstigsten Märkte eröffnen. Baumwolle, Reis, Tabak und Zucker würden verlockende Handelsartikel sein. Die Regelmäßigkeit der Produktion würde durch einen Krieg nicht unterbrochen werden. Die Macht der Konföderirten wäre stark genug, um jede Verletzung zu einem Angriffe auf dieselbe ferne zu halten und die Natur der südlichen Produkte würde der Bevölkerung ein zu großes Interesse am Verkehr mit dem Auslande verleihen, um diesen unnützerweise zu stürzen. Die Verfassung gestattet keine Eroberungskriege. Bürgerkriege sind in einem aus freiwillig zusammengesetzten Elementen bestehenden Staate unmöglich, doch vermindert diese freiwillige Einigung nicht die Sicherheit der etwaigen, mit fremden Nationen eingegangenen Verpflichtungen. Als die südlichen Staaten sich trennten, erboten sie sich zu einer billigen, entsprechenden Uebernahme der Verpflichtungen der Unionsregierung. Jetzt, in der dunkelsten Stunde des Kampfes, tritt eine permanente Regierung an die Stelle der provisorischen. Nach einer



Reihe von Erfolgen und Siegen haben wir neuester Zeit bedeutende Nachteile erlitten, ist jedoch das Volk erst entschlossen, frei zu sein, dann wird es durch diese Schicksalschläge zu neuen Anstrengungen angeporrt werden.

## Militärzeitung.

**Frankreich.** Die neuen Militärverhältnisse in Paris; das neue Reglement. Die „Allgem. Milit. Ztg.“ enthält über die 1859 in Paris begründeten neuen Militärverhältnisse folgende Mittheilung: Nach alten Erfahrungen kann man rechnen, daß ein Soldat in einem Feldzuge 3 Gewehre und 4 Paar Schuhe braucht. Gewehre können im Vorrath beschafft werden, Schuhe nicht. Im letzten italienischen Feldzuge konnten aus Mangel an letzteren mehrere Abtheilungen nicht rechtzeitig ins Feld rücken. Es wurde daher zu Paris eine Fabrik eingerichtet, welche anfangs täglich 2000 Paar Schuhe, später überhaupt sämtliche Ausrüstungsgegenstände, mit Ausnahme der Waffen, für 2000 Mann täglich lieferte. Die Fabrik besteht aus zwei Häusern, eins für die Bedarfstheile, eins für die Uniformen; in 5 Stockwerken stehen zahlreiche Maschinen, an denen 200 Mann arbeiten. So werden z. B. 20 mit langen Nadeln durchstochene Tuchstücke nach einer Holzsablonne (Waffenrock) mit einer Zirkulirsäge durch einen einzigen Arbeiter, und so 200 Waffenröcke in einer Stunde zugeschnitten. Dem Unternehmer sind bedeutende Vortheile gewährt; er erhält von 300,000 Paar Schuhe, die er fähig zu liefern hat, für das Paar 8 Fr., während sie im Regiment nur 6 Fr. 50 C. kosten. Gegenwärtig arbeitet diese Fabrik vorzugsweise für Italien und Amerika; die russische Regierung steht in Unterhandlungen, für ihre Armee eine ähnliche Fabrik einzurichten. — Bekanntlich soll für die französische Armee ein neues Grenzer- und Wandervogel-Reglement festgestellt werden, wozu seit längerer Zeit eine Kommission niedergesetzt ist und in Veranlassung dessen der Marschall Mac Mahon und der Divisionsgeneral Forey, welche beide Mitglieder dieser Kommission sind, über die von ihnen vertretenen Grundzüge jetzt hart zusammengetroffen sind. Der Erstere will nämlich in taktischer Beziehung das Reglement auf die vor dem Feinde notwendigen Bewegungen beschränken, der Letztere dagegen ist für zusammengefaßte Bewegungen, weil diese Wandervogelhaftigkeit geben. Auch redet derselbe eifrig der strengsten militärischen Unterordnung und dem Taktischritt das Wort, und will, daß zu jeder Bewegung, wobei der Feind durch eine kleinere Abtheilung markiert wird, ein Programm ausgegeben werde. Der Streit über diese Punkte zwischen den beiden hat sich allmählich auch auf die Armee ausgedehnt, doch ist die Parteinahme für Mac Mahon eine überwiegende. Der Kaiser umgibt sich mehr der Ansicht des General Forey zuneigend. Es gilt die allgemeine Annahme, daß diesen Reglement die Bewohnung der vorjährigen preussischen Manöver am Rhein in seinen Grundzügen beibehalten und bekräftigt habe.

**Niederlande.** [Statistik der Armee und Flotte in Niederländisch-Indien; zwei neue Einrichtungen bei der Kasernen des niederländischen Infanterie- und Kavallerie-Bataillons zu Kampen.] Nach dem niederländischen Militärblatt „de Militaire Spectator“ ist der Stand der niederländischen Armee und Flotte in den indischen Besitzungen dieses Staates gegenwärtig folgender: Die Gesamtzahl der Offiziere beträgt 995, und zwar: Infanterie 574, Artillerie 59, Reiterei 30, Sappeurs 24, Stäbe 90, Verwaltung 55, Ärzte 166. Der Stand der Mannschaft ist dazu 26,217, und zwar: Infanterie 22,087, Artillerie 2607, Reiterei 564, Sappeurs 931. Darunter sind Europäer 10,894, Afrikaner 380, Ambronen 1187, sonstige Eingeborne 13,756. Pferde 802. Unter den Europäern befinden sich 6988 Niederländer, 1567 Deutsche, 1035 Belgier, 1017 Schweizer. Auf 21 Mann kommt durchschnittlich jährlich 1 Todesfall, bei den Europäern auf 15 Mann. Die Artillerie-Compagnie zählt 9 Jünglinge, die Unteroffiziere 88. Die Flotte (nicht zu verwechseln mit der niederländisch-europäischen Flotte, desgleichen auch die Armee) besteht aus 31 Fahrzeugen, davon 12 Dampfer, meist Korvetten, Briggs, Schooner, Goleketten mit zusammen 712 Kanonen und die Dampfer 1496 Pferdekraft, mit einer Besatzung von 1955 Europäern und 2546 Eingebornen; dabei an Offizieren: 1 Viz., 1 Kontreadmiral, 9 Korvettenkapitäne, 27 Lieutenants erster, 42 zweiter Klasse, 25 Schiffsführer, 54 Verwaltungsbeamte und 36 Ärzte. Die Navigationschule zählt 32 Jünglinge. Auf 32 Mann kommt hier durchschnittlich per Jahr 1 Todesfall. Kleinere Boote gab es außerdem noch 63, die mit durchgängig je einer Kanone oder Kanone bewaffnet sind und 20 Europäer und 1352 Eingeborne zur Besatzung haben. — An der Kaserne des niederländischen Infanterie-Bataillons zu Kampen sind nach demselben Blatte neuerdings zwei nachschubungswürdige Einrichtungen getroffen worden. Die eine ist ein Reinigungslokal, welches 28 Badekammern, 2 eiserne Wasserreservoirs und 4 eiserne Wasserpumpen mit Ofen enthält. Die Reservoirs fassen 540 niederländische Kannen und erhalten mittelst Krähnen das Wasser aus den Reservoirs, welche durch eine Saugpumpe gefüllt werden. Die Badekammern sind 1.6 Ellen lang, 1.6 breit und 12 hoch; die Badewannen fassen 20 niederländische Kannen. Die Mannschaft wird mit Seife und Wasser zu je 28 Mann dahin geführt und ihr eine halbe Stunde Zeit zur Reinigung gegeben. Die Einrichtung kostete 3200 fl., die Reinigung nur 1/2 Cent. per Mann (etwa 2 Pfennige). Die Krankenzahl betrug früher im Durchschnitt das Jahr von 456 Mann 52–54, seit dieser Einrichtung beträgt sie dagegen nur 25–27 Mann. — Die zweite Einrichtung ist eine Art Kasernenkaffee mit Domino- und Schachspiel, Zeitungen, Büchern, Karten, Bildern, Gasbeleuchtung und Heizung. Nach einem bestimmten Tarif erhält der Mann hier Essen, Trinken, Tabak, Papier, Pug- und Bildergeld etc. 1 Kasse Kaffee kostet 10 Cent. etc.; Sonntags wird musiziert. Diese Einrichtung hält die Leute von den Wirthshäusern ab. Der Kasernenwirth erhält eine Bezahlung, der Nutzen der Wirtschaft kommt wieder der Mannschaft zu gut.

## Aus polnischen Zeitungen.

[Auch eine Krisis.] Unter dem 9. d. erstattet ein Berliner Korrespondent dem „Allgem. poln.“ (Nr. 58) über die Veranlassung und den Verlauf der gegenwärtigen Ministerkrisis Bericht und knüpft daran folgende Bemerkungen: „Auch unserer polnischen Deputiertenvereine (kolo polskie) hat in diesen Tagen eine heftige Krisis aus Veranlassung des Carlowsicher Antrages auf Anerkennung des Königreichs Italien bevorzustehen. Das Eintreten dieser Krisis ist indessen durch die inzwischen erfolgte Ministerkrisis noch hingehalten worden; denn das Abgeordnetenhaus kann jetzt keine Sitzungen halten, und der polnische Deputiertenverein hat augenblicklich keine Gile, sich früher, als durchaus notwendig, mit der italienischen Frage zu beschäftigen, die in seiner Mitte einen heftigen Kampf anzuzuregen geeignet ist. Sollte übermorgen das Abgeordnetenhaus aufgelöst werden (was bekanntlich geschehen ist; D. Red.), so wird für den Augenblick die für die innere Einigkeit unserer Abgeordneten so wichtige Frage beiseite sein.“ — Ein Korrespondent der „Offizeitung“ berichtet über diese Krisis noch folgendes: „Im polnischen Landtagesschluss war kurz vor Auflösung des Abgeordnetenhauses ein sehr heftiger Zwiespalt ausgebrochen, der die Existenz des Klubs in hohem Grade zu gefährden drohte. Die Veranlassung dazu gab die Debatte über den vom Abgeordneten v. Carlowsky gestellten Antrag wegen Anerkennung Italiens. Die geistlichen Mitglieder des Klubs sprachen sich entschieden gegen die politische und nationale Einheit Italiens aus, die sie als ein verdamnungswürdiges Werk des gegen alle göttlichen und menschlichen Rechte sich aufhebenden Geistes der Revolution und des Absolutismus bezeichneten. Sie stellten daher die unbedingte Forderung an den Klub, daß er bei der Abstimmung in den Landtagsschlüssen sein Votum einstimmig gegen die Anerkennung Italiens abgebe. Motiviert wurde diese Forderung außerdem noch dadurch, daß das Interesse Polens es dringend erheische, dem Papst durch ein solches Votum einen Beweis treuer Anhänglichkeit zu geben. Mehrere weltliche Mitglieder, namentlich diejenigen, welche vor zwei Jahren für den vom Abg. v. Vincke zu Gunsten Italiens gestellten Antrag gestimmt hatten, weigerten sich entschieden, dieser Forderung Folge zu leisten. Sie erklärten es im Gegentheil für patriotische Pflicht des Klubs, sein Votum einstimmig für den Carlowsky'schen Antrag abzugeben, weil die Freiheit Italiens dem Prinzip nach die Freiheit Polens sei. Die gemäßigteren Mitglieder gaben sich alle Mühe, eine Ausgleichung zwischen beiden Ansichten zu bewirken, was ihnen aber nicht gelang. Die Krisis, wie die Demokraten wiesen alle Vermittlungsversuche mit der Erklärung zurück, daß sie aus dem Klub sofort aussteigen würden, wenn er sein Votum nicht in ihrem Sinne abgebe. Die Debatte nahm zuletzt einen so heftigen Charakter an, daß die Sitzung aufgehoben und die Abstimmung über den Antrag vertagt werden mußte. Die demokratischen Elemente in dem polnischen Landtagesschluss, so gering sie auch sind, haben denselben bei der hohen polnischen Aristokratie nicht wenig in Mitleidenschaft gebracht. Das ist auch der Grund, weshalb die meisten polnischen Mitglieder des Herrenhauses in der letzten Session ihren Sitz in letzterem nicht eingenommen und auf ihre parlamentarische Thätigkeit gänzlich verzichtet haben. Sie wollten mit einem Klub in keine Berührung kommen, für dessen Verfahrungsweise sie die Verantwortung nicht übernehmen zu können glaubten; sich aber öffentlich von demselben loszusagen, dazu hatten sie keinen Muth.“

In derselben Nummer wird dem „Allgem. poln.“ aus Krakau geschrieben: „Der Korrespondent der „Offizeitung“ in Posen hat in einem durch die „Spencerische“ und „Schlesische Zeitung“ wiedergegebenen Artikel höchst unrichtige Mittheilungen über die Adresse der Polen an den Papst gemacht. Er schreibt, daß die Idee von der Adresse von dem General Chlapowski im Posenischen und von Hrn. Michael v. Grabowski in der Ukraine ausgegangen sei, daß nur die aristokratisch-ultracatholische Partei diese Adresse unterzeichnet habe, und daß dieselbe kein politisches, sondern nur ein religiöses Gepräge trage; daß sie endlich bereits durch den Grafen Leon Krowicki dem heiligen Vater übergeben worden sei. Alle diese Mittheilungen sind ganz unrichtig. Die Idee, an den Papst eine Adresse zu richten, ist in Warschau von Leuten ausgegangen, welche die „Offizeitung“ und deren Korrespondenten als rothe Republikaner, Kommunisten u. dgl. m. zu bezeichnen gewohnt sind, die aber in Wahrheit nur Polen sind, eingedenk der Achtung für die niemals verjährten, und der politischen Nationalität verliehenen natürlichen Rechte und der nationalen, politischen und religiösen Freiheit so für ihre Nation, wie für jede andere. Da es unmöglich war, eine derartige Adresse im Königreich Polen zu erlassen, wurde die Idee von der liberal-nationalen Partei in Krakau und in Galizien in die Hand genommen, von Polen, die danach trachten, die sowohl ihrer, als auch jeder anderen Nation zustehenden Rechte zur Ausführung gebracht zu sehen. Zwar ist die Besorgnis laut geworden, daß durch eine derartige Adresse der italienischen Einheit geschadet werden könnte; aber diejenigen, die die Idee zu einer Adresse unterstützten, dabei aber das Recht Italiens auf Einheit, sowie im Allgemeinen das Recht jeder Nation, sich nach eigenem Willen zu regieren, anerkannten, stellten vor, daß es von der Abfassung der Adresse abhängt, nicht nur nicht der Einheit Italiens entgegenzutreten, sondern im Gegentheil nachzuweisen, daß der Katholizismus und die Freiheit der Völker zusammengehen müßten, daß die Völker ein Recht darauf hätten, von der Hierarchie des katholischen Klerus Unterstützung statt Widerstand zu hoffen, da dieselbe, auf der wahren Grundlage der katholischen Kirche stehend, schon im Mittelalter die Freiheit der Völker befördert habe, und daß in Polen der Katholizismus mit der Nationalität, sowie der Klerus mit dem Volke, einen Weg gingen. In diesem Geiste ist auch die Adresse verfaßt worden, wovon sich Jeder überzeugen wird, sobald sie veröffentlicht worden; dies soll aber erst geschehen, nachdem sie dem heiligen Vater übergeben ist. Denn die Mittheilung des Korrespondenten der „Offizeitung“, daß die Adresse bereits übergeben sei, ist unrichtig; im Gegentheil befindet sich dieselbe noch im Lande und ist noch gar nicht nach Rom geschickt. Die meisten Unterschriften zu der Adresse hat man in den Städten gesammelt, und zwar hauptsächlich unter der liberal-nationalen Partei; gerade einige Ultracatholiken und Pseudolegitimisten haben ihre Unterschrift verweigert. Der Erlaß der Adresse hatte zwei Zwecke, erstens den praktischen, dem durch die russische Regierung wegen der Erfüllung seiner Pflichten gegen Nation und Kirche so grausam gemißhandelten katholischen Klerus im Königreich Polen zu Hülfe zu kommen; der zweite Zweck war, in Rom selbst diejenigen zu unterstützen, die die Ansicht vertheidigten, der Papst müßte sich auf die Völker stützen und nicht auf die Kabinette, und das wird die wahre Unabhängigkeit des Papstthums sichern. Da diese Zwecke in höherem oder geringerem Grade werden erreicht werden, weiß ich nicht. Aber in keinem Falle kann die Adresse Jemandem Schaden bringen; im Gegentheil, ob sie nun Erfolg hat oder nicht, ist sie ein nütziges Bestreben, das zu vereinigen, was der Natur der Sache nach zusammengehen muß.“

## Polales und Provinzielles.

**Posen, 13. März.** [Stadtverordnetenversammlung.] In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten brachte der Vorsitzende ein Reskript der königl. Regierung vom 10. v. M. in Betreff der Provinzial-Feuerlokalität zur Kenntniß, in welchem der Kommunalverwaltung eröffnet wird, daß das k. Ministerium mit einem Gesetzentwurfe beschäftigt ist, welche die gänzliche Umgestaltung des Feuerversicherungswesens zum Zweck hat. Nach Vollendung desselben sollen zunächst die Provinzial-Landtage darüber gehört werden. — Eine zweite Mittheilung des Vorsitzenden betraf die bevorstehende Neuwahl mehrerer unbesoldeter Mitglieder des Magistratskollegiums, deren Wahlperiode im Anfange des nächsten Jahres zu Ende geht. Die Wahl soll in einer der nächsten Sitzungen vorgenommen werden. — Demnächst beschäftigte sich die Versammlung mit der Beratung von Rechnungsvorlagen, die nach den Anträgen der betreffenden Kommissionen theils dechargirt, theils an den Magistrat zur Ausrückung über die gemachten Monita zurückgingen. — Von der Beratung über etwa wünschenswerthe Abänderungen der Städteordnung in Rücksicht auf die dem Landtage gemachte Vorlage wurde vorläufig Abstand genommen, da mittlerweile die Auflösung der Kammern erfolgt ist. — Der Gasverbrauch hat sich in hiesiger Stadt so gesteigert, daß die beiden Gasometer, die ungefähr 63,000 Kubikfuß Gas aufnehmen können, dem Bedürfnis nicht mehr entsprechen, da der Konsum bereits über 100,000 Kubikfuß täglich beträgt. Der Magistrat beabsichtigt deshalb, auf Antrag der Gasdirektion, einen Untertheil zum zweiten Gasometer zu bauen, dessen Kosten sich auf circa 2800 Thlr. belaufen würden. Die mit Prüfung dieser Angelegenheit beauftragte Kommission hat sich von der Nützlichkeit und Nothwendigkeit des Baues überzeugt, weshalb die Versammlung ihre Zustimmung ertheilt. Ein zweiter Gegenstand, welcher derselben Kommission zur Begutachtung vorgelegen hat, betrifft die Erneuerung des Kontraktes mit dem Gasanstaltsdirektor Kornhardt in Stettin. Der vom Magistrat mit dem genannten Direktor vereinbarte Kontraktentwurf, welcher vom 1. Juli ab auf drei Jahre Gültigkeit haben soll, wurde ebenfalls zur Annahme empfohlen und von der Versammlung genehmigt. — Die Uebernahme des vom Militärklub der Kommune zu überweisenden Platzes neben der Kirchhofsmauer in der neuen Gartenstraße, welcher zur Verbreiterung der Straße verwendet werden soll, wurde genehmigt. — Die Ueberlassung der Gartenfrüchte in dem der Stadt verbliebenen Theile des Theresienklostergebäudes an den Lazarethinspektor gegen eine jährliche Pacht von 15 Thlrn. wurde ebenfalls auf ein Jahr genehmigt, da sich dessen Verpachtung im Wege der öffentlichen Lizitation nicht als zweckmäßig erwiesen hat. — Für den Lehrer v. Bukowski an der Mittelschule wurde eine Gehaltszulage von 100 Thlrn. bewilligt, um denselben der genannten Anstalt zu erhalten. — Der Niederlassung des Malers Karl Hoppe hieselbst gab die Versammlung ihre Zustimmung. — Die definitive Anstellung des Lehrers Cybilski wurde genehmigt. — Von 5 Mitgliedern wurde ein Antrag eingebracht, die Stadtverordnetenversammlung wolle eine Petition an das hohe Staatsministerium richten, in welchem dasselbe ersucht wird, eine Eisenbahn von hier über Oneshen nach Bromberg auf Staatskosten bauen zu lassen oder dies Unternehmen durch Gewährung einer Zinsgarantie fördern zu wollen. Da der Zeitpunkt für eine solche Petition bei der gegenwärtigen Krisis ungeeignet erschien, so beschloß die Versammlung, vorläufig bis auf erneute Anregung Seitens der Antragsteller davon Abstand zu nehmen. — Anwesend waren die Stadtverordneten Schuchke (Vorsitzender), Altmann, Annuf, B. H. Aich, M. Aich, Bielefeld, Borchardt, Giegelski, Dahle, Federt, Garbey, Hipe, Sal. Jaffe, v. Kaczowski, Knorr, Lipski, Löwinsohn, Magnuszewicz, Ramroth, Matecki, Meisch, Meyer und Schimmelpfennig. — Der Magistrat war vertreten durch den Oberbürgermeister Geh. Rath Naumann, die Stadträthe Au, Baarh, v. Ghebowski, Ramroth, Samter und den Stadtbaurath Wollenhaupt.

**R. Posen, 14. März.** [Das Programm des k. evang. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums] ist so eben ausgegeben worden. Es enthält eine größere philologische Abhandlung des ordentlichen Gymnasiallehrers Dr. D. Heine (Quaestionum Tullianarum specimen), der sich die Schulaufsichten von Direktor und Prof. Dr. Sommerbrodt anschließen, und ladet zu der öffentlichen Prüfung, welche für die Gymnasialklassen Dienstag d. 18. d. Vorm. von 8, und Nachm. von 2 Uhr ab, für die Vorbereitungsklassen Mittwoch d. 26. d. Nachm. 3 Uhr stattfindet, sowie zur Feier des Geburtsfestes Sr. Maj. des Königs am 22. d. Vormit. 11 Uhr ein, welche letztere mit Gesangausführung, Festrede und Entlassung der Abiturienten begangen werden soll. Im Laufe des verfloffenen Schuljahrs wurde das Lehrerkollegium durch einige neue Anstellungen, über die wir f. B. berichtet, in allen Theilen vollständig, was lange nicht der Fall gewesen war. Doch trat im Wintersemester durch längere Krankheit eines wissenschaftlichen Hülflehrers, so wie durch den Umstand, daß einer der ordentlichen Lehrer zur Theilnahme an dem Winterkursus der Zentralturmanstalt nach Berlin ging, wieder eine Störung ein, die indeß durch bereitwillige Aushilfe einiger anderer Lehrer ausgeglichen wurde. Gegenwärtig unterrichten an der Anstalt (nebst den drei Klassen der Vorschule) mit Einschluß des Direktors, wie der Hülf- und Fachlehrer, im Ganzen 24 Lehrer. Zu Ostern 1861 waren im Gymnasium zurückgeblieben 419, in der Vorschule 63 (Sa. 482), aufgenommen wurden im Laufe des Jahres resp. 100 und 40, so daß das Gymnasium im Ganzen von 519, die Vorschule von 103 (Sa. 622) Schülern besucht wurde. Im Sommerhalbjahr belief sich die Schülerzahl auf 575 (resp. 492 und 83), im Winterhalbjahr auf 580 (resp. 484 und 96). Die drei diesjährigen Abiturienten (f. Nr. 59) widmen sich dem Studium der Theologie, der Jurisprudenz und der Medizin. Die Lehrer wie die Schülerbibliothek sind angemessen vermehrt, und wie früher ist auch in diesem Jahre dem fünften Theil der Schüler das Schul- und Turngeld erlassen worden. Aus den Kassenüberschüssen ist der Stipendienfonds wieder vermehrt worden, so daß von Ostern d. J. ab zwei Stipendien à 50 Thlr. jährlich als Unterstützung würdiger und bedürftiger Abiturienten evang. Konfession, welche sich einem Fakultätsstudium widmen, zur Vertheilung kommen. Leider hat die schon früher ausgesprochene Bitte an die Eltern, dieser Stiftung thätige Theilnahme zuzuwenden, bis jetzt keinen Erfolg gehabt. — Der Anfang des neuen Kursus ist auf den 25. April festgelegt, und die Anmeldung neuer eintretender Schüler hat beim Direktor Dr. Sommerbrodt für die Vorbereitungsklassen am 22. April, für die Gymnasialklassen am 23. April Vormittags zu erfolgen.

**B. — [Stadttheater.]** Die beliebte Oper „Ezar und Zimmermann“ von Lortzing hatte am Dienstag ihre alte Anziehungskraft für das hiesige Publikum bewahrt. Hr. Schöen in seiner bekannten großen Partie als Bürgermeister von Saardam trug durch sein drastisches Spiel viel zum Erfolge der Oper bei. Der Gesang des Herrn Grunow (Ezar) war sehr wirkungsvoll. Die Romane: „Sonst spielt ich mit Zepher und Krone“ mußte er auf stürmisches da Capo Rufen wiederholen. Die eingelegten drei Tänze Pas de deux (Sylphide), la Lituaniana und Mazurka getanzt von Hrn. Franz Dyeremann und Frä. Emma Saenger, wurden ebenfalls sehr beifällig aufgenommen, und die Künstler durch vielfaches Hervorrufen, wobei es auch an reichen Bouquesspenden nicht fehlte, ausgezeichnet. Gleiche Gunst widerfuhr dem Künstlerpaar bei der gestrigen (Donnerstags-) Vorstellung, wo sie ein Pas de deux Villageois, eine Espagnole und eine Mazurka aufführten. Wie wir hören, werden sie ihr Gastspiel am Freitag in der Oper „Maurer und Schlosser“ und am Sonntage in einzelnen Balletgruppierungen und Szenen aus „Robert der Teufel“ beschließen, worauf wir namentlich auch die auswärtigen Kunstliebhaber aufmerksam machen.

**B. Birnbaum, 12. März.** [Ein muthmaßlicher Verbrecher; Eiskäug.] Vor einiger Zeit kam nach dem Dorfe Radusch, hiesigen Kreises, ein Fremder, gab sich im Krüge für einen Schuhmacher und Hausbesitzer aus, äußerte, daß es ihm sehr gut gehe und daß ihm zu seinem vollständigen Glück nur eine tüchtige Hausfrau fehle. Sofort rekommandirte man ihm ein anständiges Mädchen mit einigem Vermögen. Am andern Tage verschwand er aber, weil er auf die Einnahmen, daß es in Waize keine Privats, sondern nur herrschaftliche Besigungen gebe, nicht genügenden Gegenbeweis zu führen vermochte. Im Krüge zu Eubiad gab er sich für den Sohn des Häuslers Klemm in Raza aus, erzählte, daß er auf der See gewesen sei und nun nach Hause käme um sein Erbtheil zu erheben. Zu der nahesten Schmiede schäufte er sich ein Messer dolchartig und begab sich darauf nach Raza. Dem Krugbesitzer D. in Eubiad war das ganze Benehmen des Menschen und auch der letztgenannte Umstand auffällig vorgekommen, so daß er sich in der Nacht mit einem Gerichtsmanne nach Raza in die Wohnung des K. begab, wo alle, auch der angebl. Sohn, im tiefsten Schlafe lagen. Die K. schen Eheleute hatten anfänglich in dem Fremden ihren Sohn nicht erkennen wollen, ließen sich zuletzt aber doch täuschen, da „Wilhelm“ eine zu genaue Bekanntschaft mit den erteilten Verhältnissen entwickelte. Sie erkranken natürlich nicht wenig, als die beiden nächsten Besucher ihnen die Vermuthung mittheilten, daß ihr vorgebl. Sohn möglicherweise ein schwerer Verbrecher sei, dessen Aeußeres mit dem Signalement eines staatsverfolgt Verurtheilten übereinstimme. Der Verdächtige wurde gefesselt und behauptet fortwährend, der Sohn der K. schen Eheleute zu sein. — Am Sonntage Nachmittags begann hier der Eisgang der Warthe, und da noch immer große Eismassen vorüber kommen, so vermuthen wir, daß auch oberhalb das Eis abgegangen ist. Einige Schiffer haben in Folge dessen ihre Winterquartiere bereits verlassen.

**# Neustadt b. P., 13. März.** [Industrielles; zur Auswanderung etc.] Das 1. Meile von hier belegene, dem Rittergutsbesitzer v. Oppen auf Polzig gehörige Rittergut Brody wird durch dessen Pächter Lieutenant E. v. Wedell mehrere größere Fabriken erhalten. Die daselbst betriebene Brennerlei ist schon jetzt von großem Umfange, sie wird aber noch vergrößert, und mit derselben eine Del. und Streichholzfabrik verbunden, und das Ganze soll durch Dampf getrieben werden. Die Delmühle soll mehrere hydraulische Pressen erhalten, und mit den Arbeiten wird bereits vorgegangen. Nachdem wird daselbst eine Brotdäckerei, wie solche in größeren Städten bestehen, mit Niederlagen derselben in den benachbarten Städten und größeren Dörfern eingerichtet werden. Der immer mehr eintretende Holzangel ist für das Alles kein Hindernis, denn das Gut Brody hat einen unermeßlichen Forstschag, und nach der Konstruktion des Maschinenwerks soll Forst allein als Brennmaterial verwendet werden können. — Anschließend an meinen Bericht in Nr. 56 d. Ztg. habe ich noch zu ergänzen, daß viele Komornik und Diensteute in Brody sich ebenfalls beabsichtigen, nach Rußland auszuwandern. Derselben kamen aber von ihrem Entschlusse zurück, nachdem einige der Auswanderungslustigen von dem vielversprechenden Agenten zurückgekehrt waren, und die Einsicht gewonnen hatten, daß ihnen statt des gepofften sorgenlosen Lebens, jedenfalls viel Mühe und Drangsal dort bevorstehen würde. Da ihnen nämlich bei Uebergabe des Kontrakts ein anständiges Geld gezahlt wird, so haben sie die Verpflichtung zu übernehmen, daß ihnen 1 Jahr nach dem ersten Dienstage daselbst an Lohn angerechnet und damit bis zur Abzahlung fortgeführt wird. Ganz richtig erklärte dabei ein Auswanderungslustiger, daß sonach im ersten und dem folgenden Jahre d. Abrechnung und Jobann das „Weggehen“ stattfinden könne, und darauf einzugehen war man nicht geneigt. — Nachdem nun Thauwetter eingetreten, sind unsere ungeschützten Landstraßen fast unpassierbar; sogar mit leichtem (Fortsetzung in der Beilage.)



**Publicandum.**  
In dem Kontrakt über das Vermögen der  
Schnittwarenhändlerin verstorbenen Frau  
**Katze** in **Kosten** werden alle Die-  
senigen, welche an die Masse Ansprüche als  
Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch auf-  
gefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits  
rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür ver-  
langten Vorrecht bis  
zum 14. April 1862 einschließlich  
uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden  
und demnachst zur Prüfung der sämtlichen, in-  
terhalb der gedachten Frist angemeldeten Forde-  
rungen auf  
den 5. Mai 1862 Vormittags 11 Uhr  
vor dem Kommissarius, Herrn Kreisrichter  
**Wannenberg**, im hiesigen neuen Gefängnis-  
gebäude anberaumten Termine zu erscheinen.  
Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat  
eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen bei-  
zufügen.  
Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem  
Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei An-  
meldung seiner Forderung einen hier wohnhaften  
oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen  
Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten an-  
tragen. Denjenigen, welchen es hier an Bekannt-  
schaft fehlt, werden der Justizrat **Brachvogel**  
und Rechtsanwalt **Brier** zu Sachwaltern vor-  
geschlagen.  
**Kosten**, den 7. März 1862.  
**Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.**  
**Nothwendiger Verkauf.**  
**Königliches Kreisgericht zu Pleschen,**  
**Erste Abtheilung.**  
**Pleschen**, den 22. Februar 1862.  
Das dem Gutsbesitzer **Wladimir Bogus-**  
**laus v. Zatzewski** gehörige, im **Pleschener**  
Kreis belegene Rittergut **Wyszk**, abge-  
schätzt auf 32,594 Thlr. 3 Sgr. 8 Pf., zufolge  
der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in  
der Registratur eingelebten Taxe, soll  
am 2. Oktober 1862 Vormittags 11 Uhr  
an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.  
Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus  
dem Hypothekenschein nicht ersichtlichen Reklama-  
tion aus den Kaufgeldern Befriedigung jun-  
gen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem  
Subhastationsgericht zu melden.  
Die dem Aufenballe nach unbekannten Gläu-  
biger, Gebrüder **Calassant** und **Cyprian**  
**Schöbels** werden hierzu vorgeladen.  
**Publicandum.**  
Die nothwendige Subhastation des dem Ri-  
tergutbesitzer **Dr. Moriz Puske** und dessen  
Gefrau **Emma geb. v. Krowka** gehörigen  
Ritterguts **Miskow** ist aufgehoben.  
**Kosten**, 7. März 1862.  
**Königl. Kreisgericht, I. Abtheilung.**  
Der Bau eines Stallgebäudes auf dem Königl.  
Forst-Etablissement **Schwersene**,  
veranschlagt auf 245 Thlr. 15 Sgr. 5 Pf., soll  
im Wege der Licitation an den Mindestforde-  
rungen verdingen werden. Hierzu habe ich Termin  
anberaumt auf  
**Mittwoch den 26. März c., früh 10 Uhr,**  
in meinem hiesigen Dienstlokal, wozu ich quali-  
fizierte Bauunternehmer mit dem Bemerken ein-  
lade, daß auf Verlangen eine Kaution von 40 Thlr.  
erlegt werden muß und daß die Baubedingungen  
im Termine selbst bekannt gemacht werden.  
**Zielona**, 12. März 1861.  
Der königliche Oberförster **Dittmer**.  
Der neue Kursus der Vorbereitung zum  
Examen für die Berechtigung zum einjäh-  
rigen Militärdienst beginnt Montag d. 17. März.  
**Posen**, den 8. März 1862.  
Der ehemalige Oberprediger **Wentzel**.  
**Schul- und Pensionsanzeige.**  
In der concessionirten Unterrichts-Anstalt in  
**Stenscho** finden Schüler und Pensionäre  
beim Beginn des Sommer-Semesters Auf-  
nahme. Nähere Auskunft ertheilt  
der Dirigent der Anstalt,  
Rector **Lust**.  
**Auktion.**  
Die zur Probir-Ostrowitzschen Kontraktmasse  
gehörenden Immobilien und Moventien, darunter  
143 Schafe, 5 Ochsen, 2 Kühe, 3 Pferde, werden  
am 18. März d. J., Vormittags von  
9 Uhr ab,  
auf dem Probirvorwerk hieselbst öffentlich  
versteigert werden.  
**Geoslyn**, 13. März 1862.  
Der einstweilige Verwalter **Langer**.  
Das Grundstück Sandstraße Nr. 6-7, nahe  
der Warthe gelegen, ist theilungshalber aus  
freier Hand zu verkaufen. Näheres dabeilbst.

Schiedsmann nur deshalb versagt, weil ein abgegebenes Gutachten die aller-  
dinge der Begründung entbehrende Ansicht aufgestellt habe, daß H. kaufmännische  
Geschäfte betreibe und dabei in viele Prozesse verwickelt sei, und damit sich das  
Schiedsmannamt nicht wohl vereinigen lasse. Uebrigens hören wir, daß schon  
vor etwa 14 Tagen H. deshalb eine motivirte Beschwerde an das I. Oberpräsi-  
dium gerichtet habe, und wir werden den Erfolg derselben seiner Zeit ebenfalls  
den Lesern dieser Zeitung mittheilen.  
**Angewandte Fremde.**  
Vom 14. März.  
**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Rittergutsbesitzer Köhler aus Zawada,  
Oberförster Böhlke aus Ratot, Steinbrückerbesitzer Sauer aus Dan-  
zig, die Kaufleute Kleinschmidt aus Leipzig, Haack und Buschmann aus

Berlin, Ahlemann aus Stettin, Engler aus der Schweiz und Schel-  
ler aus Magdeburg.  
**SCHWARZER ADLER.** Die Gutsbesitzer v. Hefnowski aus Opotowo,  
Koperaki aus Stempocin und Walz aus Buzewo, Gutsbesitzer Har-  
mel aus Lesniewo, Dekonom v. Pradzyński aus Staw und Kaufmann  
Schiffmann aus Wolin.  
**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Gutsbesitzer v. Rogalski aus Cere-  
wica, die Kaufleute Maroon aus Paris, Schweighöfer aus Annaberg,  
Lorenz aus Breslau, Zimmermann aus Altona und Krawtowski aus  
Larnowo.  
**BUSCH'S HOTEL DE ROME.** Rittergutsbesitzer Souanne aus Pleschen,  
Buchhändler Zahnke nebst Frau und die Kaufleute Träger aus Berlin,  
Lang aus Gmünd und Benas aus Stettin.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Bad Landeck in Schlesien,

in der Grafschaft Glatz, im März 1862.  
Die alkalisch-salinischen lauwarmen Schwefel-  
bäder zu Landeck, mit denen zwei Trinkquellen,  
eine Mollen-Trinkanstalt mit verschiedenen Ar-  
ten Mollen, ein Moor- und ein Inhalationsbad  
verbunden sind, in Mitte schöner Parkanlagen  
und weiter Promenaden in einem wildromanti-  
schen, von waldigen Gebirgen umschlossenen,  
1400 Fuß hoch gelegenen, vom Bielaflusse durch-  
strömten Thale, werden in diesem Jahre den 1.  
Mai eröffnet.  
Am bequemsten und schnellsten gelangt man  
hierher mit der Breslau-Schweidnitz-Franken-  
steiner und der Breslau-Brieg-Neiße Eisen-  
bahn, welche beiden Städte Frankenstein und  
Neiße nur 4 1/2 resp. 7 Meilen von Landeck ent-  
fernt, durch täglich an die Eisenbahnzüge sich  
anschließende Posten mit dem hiesigen Kurort in  
Verbindung stehen.  
Seit dem 14. Jahrhundert schon zu Heil-  
zwecken verwandt, verdanken die hiesigen Ther-  
men erfahrungsgemäß ihren weitverbreiteten  
Ruf der vorzüglichsten Wirkung auf das Nerven-  
system und finden daher ihre Anwendung bei  
chronischen, auf Blutsitzen beruhenden Nerven-  
krankheiten, wie: bei nervösem Schwindel, Ma-  
genkrampf, nervösem Kopfschmerz, Gesicht-  
schmerz, Husten, nervöser Diarrhoe, Hysterie,  
Hypochondrie, Weistanz, Epilepsie, Muskelzittern,  
peripherischen Schlämungen, ferner bei Hä-  
morrhoidalleiden, Merinalkrankheiten, als: Un-  
regelmäßigkeit der Menstruation, Blutflüssen,  
Neigung zu Abortus, Unfruchtbarkeit, Beschwer-  
den der Wechseljahre und einzelnen Fällen von  
Bleichsucht. Außerdem sind die Bäder bewährt  
zur Heilung chronischer Rheumatismen, Gicht,  
skrophulöser Krankheiten, impetiginöser Hautlei-  
den und chronischer Hautgeschwüre.  
Der Besuch der Inhalationshalle, in der das  
der Quelle entstehende Stidgas eingeathmet  
wird, ist als höchst wirksam erprobt bei katarrha-  
lischen Leiden des Kehlkopfes und der Luftröhre,  
bei nervösem Asthma, bei nervösem Herzklappen,  
Anlage zur tuberkulösen Schwindsucht.  
Die Moorbäder sind besonders wirksam bei  
Schwämmen in Folge von Gicht und Rheuma-  
tismus, Drüsenanschwellungen, Leberverfä-  
rbung, Anschwellung der Gebärmutter und der  
Eierstöcke.  
In drei Badehäusern wird theils gemeinschaft-  
lich nach Geschlechtern in größeren Bassins, theils  
separat in marmornen oder hölzernen Behältern  
gebadet.  
Zur ärztlichen Pflege der Kurgäste sind drei  
Badeärzte, die Doktoren Sanitätsrath **Lang-**  
**ner**, **Adamczyk** und **Weske** angestellt.  
Sowohl in den zur gemeinschaftlichen Be-  
nutzung bestimmten Etablissements, als auch in  
den zur Aufnahme der Kurgäste bereit stehenden  
Eogishäusern ist für den entsprechenden Komfort  
gesorgt. Die Restauration in dem erst 1853 neu  
erbauten und splendid eingerichteten großen Ge-  
sellschaftshause ist dem sehr tüchtigen Hof-Re-  
staurateur **Wiczorek** aus Breslau übertragen.  
Da nun Nervenleiden zu den am weitesten  
verbreiteten, aber auch am schwersten zu heilen-  
den Krankheiten unserer Zeit gehören, so können  
mit Recht die hiesigen Bäder in dieser Bezie-  
hung zu den wirksamsten Deutschlands gerechnet  
werden.  
Im vorigen Sommer wurden die hiesigen  
Bäder von 2007 Familien oder 3521 Personen be-  
sucht.  
Bestellungen auf wohlgeordnete Wohnun-  
gen nimmt die hiesige Badeinspektion entgegen.  
Die Samenhandlung und Kunstgärtnerei von **Bernhard Thalacker** in Erfurt  
empfehlend:  
1) Spargelpflanzen, von dem echten Erfurter Riesenpargel, nebst gedruckter Kulturanweisung,  
100 Stück zweijährige Pflanzen 1 Thlr., 1000 Stück zweijähr. 8 Thlr., dreijähr. Pfl. 100  
Stück 1 1/2 Thlr., 1000 Stück 11 Thlr.  
2) Gefüllte Landnellen in schönsten Färbungen, kräftige Pflanzen, das Hundert 3 Thlr., das  
Duzend 15 Sgr. (Saamen 1000 Korn 15 Sgr.)  
3) Schönste Topfnellen in 500 der vorzüglichsten Sorten, kräftige Pflanzen, einzeln in kleinen  
Töpfen, 100 Stück 10 Thlr., das Duzend 2 Thlr.  
4) Rosen in circa 300 der schönsten und reichblühendsten Sorten. Ein Duzend kräftige Pflanzen  
von Thér, Bourbon-, Rosette- und Bengal-Rosen, einzeln in kleinen Töpfen, 100 Stück  
10 Thlr., 12 Stück 2-3 Thlr.  
Weinfelder, Stachelbeere, Johannisbeere, Himbeere in den schönsten, bestempfohlenen Sorten,  
das Duzend 1 bis 2 Thlr.  
Verbene, Heliotropium, Lantane, Petunien (gefüllte), Fuchsen, das Duz. schöne Pflanzen  
1 Thlr., Blatt- oder sog. Dekorationspflanzen das Duzend 2 Thlr.  
Auf gef. frankirtes Verlangen wird fogleich das Hauptverzeichnis franko zugesandt.  
**Bernhard Thalacker** Kunst- und Handelsgärtner in Erfurt.

### Ausstellung von Delgemälden berühmter Meister.

Kunstkenner und Kunstfreunde werden zum  
Besuch der in **Bellmann's Hotel**, Schadow-  
straße 2, 1. Etage, ausgestellten Sammlung  
von Original-Delegemälden älterer und neuerer  
Meister (**Velasquez, Paris, Bordone, G. Bellini, Strozzi, G. Serani, Alb. Dürer, Amiconi, van Dyck** etc.) ergebenst  
eingeladen. Dieselbe ist bis Ende März d. J.  
täglich von 11 bis 4 Uhr geöffnet.

### Bleichwaaren

werden zur Beforgung nach meiner Natur-  
Rasenbleiche angenommen und geht jeden  
Dienstag ein Transport dahin ab.  
**S. Kantorowicz.**

Ein schwarzbr. Wallach, vollst.  
geritt, 5 1/2 3, fehlerfr., steht  
zum Verkauf Breslaustraße 19.

Sonnabend  
den 15. März  
bringe ich  
mit dem Abendzuge einen Transport  
**Nezbrücher Kühe u. Kälber**  
zum Verkauf nach Posen und logire in **Bud-**  
**wigs Hotel. Hamann**, Viehhändler.

### Bockverkauf.

In Kommission stehen auf dem Dom.  
**Jaskowo** bei **Kurnik** Zucht-  
böcke aus der reinen Regrett-Stamm-  
schäferei des Grafen **Schliessen** in Mecklenburg-  
Schwerin zum Verkauf.  
**Gelben Riesen-Kunkel-Kübsamen.**  
fortgezüchtet aus der bekannten ausgezeich-  
neten Breslauer Pöhlischen Gattung, der Sche-  
fel 5 Thlr., die Meße 10 Sgr., verkauft  
**C. Heinze,**  
Vorwerkbesitzer in **Klecko**, Kreis **Gnesen**.

### Kiefern

(Pinus sylvestris), a Zentner 60 Thlr. pr. Ort.,  
in Parthien billiger, so wie andere Nadel-  
und Laubholzameren in früher keimfähiger Waare,  
empfiehlt der Forstverwalter **H. Gärtnert**  
in **Schönthal** bei **Sagan** in preuß. Schlesien  
Auf dem Dominium **Nadojewo** sind zu haben:  
1) Aepfel- und Birnbäume a Stück 10 Sgr.,  
Apfelföbäume hochstämmige a Stück 20 Sgr.,  
Pfirsichbäume a Stück 20 Sgr., Pflaumenbäume  
Damasccener a Stück 7 Sgr. 6 Pf.

### Kothe u. weiße Klee- saat, Lupinen, Gelb- klee, Rhengras, Thy- mothee, Luzerne, so wie alle anderen Sämereien empfehlen

**N. Helft & Co.,**  
Berlin, Unter den Linden 52.

### Fabrik-Etablissement.

Unter heutigen Tage habe ich hierorts eine **Dachpapp- und Asphalt-**  
**Fabrik** errichtet. Ich empfehle meine Fabrikate zur Uebernahme kompletter **Be-**  
**dachungen und Reparaturen** unter **Garantie** der Dauerhaftigkeit, sowie  
zur Ausführung aller **Asphalt-Arbeiten**, als **Trottoirs, Isolirschieben**  
etc. zu möglichst billigen Preisen.

### Sigismund Aschheim,

Wallischebrücke, im Hause des Herrn Apothekers Reimann.

### Neuheiten in Knickern, En tout cas und Fächern,

empfangen und empfehlen zu billigen Preisen  
**Wakarecy & Jerzykiewicz,**  
Gardinen-, Spitzen- und Weisswaaren-Handlung,  
**Wilhelmsstrasse Nr. 7,** neben der königl. Post.

### Die neuen Pariser Frühjahrs- Façons von Mantelchen, Mantillen, konfektionirten Tüchern,

sind eingetroffen. Gelungene, sauber  
gearbeitete **Kopien** in den verschiede-  
nen neuen Stoffen, kommen täglich auf  
Lager.  
Auf mein großes Lager  
französischer durchwirkter  
**Long-Chales**  
ganz ergebenst aufmerksam machend, em-  
pfehle solche in den Preisen von 9 Thlr.  
an bis zu 150 Thlr. Die diesjährigen  
Qualitäten zeichnen sich durch Gediege-  
heit, sehr elegante Muster und billige  
Preise aus.  
Außerdem empfehle  
wollene **Plaid-Chales** und  
Tücher im neuesten Geschmack,  
schwarze **Cachemir- und Fan-**  
**tastie-Chales** und Tücher  
von den billigsten Preisen an bis zu den  
feinsten Genres.  
**Anton Schmidt**  
(Mantel- und Chaleslager).

### Ein neuer Taubenschlag und Hühnerstall ist Wilhelmsplatz Nr. 4 in Posen zu ver- kaufen. Näheres beim Wirth dieses Hauses.

### Chinesisches Haarfärbe- mittel.

a Flacon 25 Sgr.  
Die vorzüglichste  
Komposition, Haare,  
Bart u. Augenbrau-  
nen in jeder für das  
Gesicht passenden,  
beliebigen Nuance  
sowohl echt zu färben. Das Flacon ist mit  
der Firma gesiegelt, welches sehr zu beach-  
ten bitten.  
**Orientalisches  
Enthaarungsmittel,**  
a Flacon 25 Sgr.,  
entfernt ohne jeden Schmerz oder Nachtheil  
selbst von den zartesten Hautstellen Haare,  
die man zu beseitigen wünscht. Die bei dem  
schönen Geschlecht bisweilen vorkommenden  
Barbipuren, zusammengewachsenen Augen-  
braunen, tiefes Scheitelhaar, werden da-  
durch binnen 15 Minuten beseitigt.  
Fabrik von **Nothe & Co.** in Berlin,  
Kommandantenstr. 31.  
Die alleinige Niederlage befindet sich in  
**Posen bei Herrn Herrn.**  
**Moegelin**, Breslaustr. 9.

### Schwabentod!

Dieses sonst ganz unschädliche Pulver tödtet  
nur die **Schwaben** nebst **Brut** und beseitigt  
diese Plage radikal. Nur allein zu haben in  
Schachteln à 5 und 10 Sgr. bei  
**S. Spiro**, Markt 87.

### Dentifrice universel,

den beständig örtlichen oder rheumatischen Zahnschmerz sofort zu vertreiben. Preis à Fl. mit  
Gebrauchsanweisung 5 Sgr.  
Alleinige Niederlage für Posen bei **Z. Zudek & Co.,** Neuestraße Nr. 5.

### Stralsunder Spielfarten

bei **Adolph Asch**, Schloßstr. 5.  
**Anton Schmidt**  
(Mantel- und Chaleslager).

### Bekanntmachung.

Ein Lehrer, der in der hebräischen Sprache  
vertraut, der zeitgemäß erforderliche Kenntnisse  
besitzt, um auch in andern Gegenständen Unter-  
richt zu ertheilen im Stande zu sein, kann gegen  
ein jährliches Einkommen von 200 Thlrn., außer  
Privatstunden bei mehreren hiesigen jüdischen  
Mitgliedern ein Unterkommen finden. Unver-  
heiratete qualifizierte Subjekte haben sich bis  
zum 15. April c. mit Vorzeigung ihrer Zeugnisse  
persönlich zu melden. Kieleskosten werden nicht  
zurückerstattet.  
**Neustadt a. W., 12. März 1862.**  
**Marcus Lewin**, Rabbinatsverweiser.

### Ein Büreaugedülfe findet sofort ein Unter- kommen bei dem königl. Distriktsamte in Netla bei Breschen.

Auf dem Dominium **Gluponie** bei Neu-  
stadt b. Posen ist von Johann d. J. eine  
Hofverwalterstelle zu vergeben, und können dar-  
auf Reflektirende sich dabeilbst melden.  
Es wird zum 1. April eine tüchtige, rein-  
liche Köchin gesucht, die sich zu melden hat  
bei  
General **V. Zastrow**,  
Bergstr. 15.

### Ein Defonomie-Volontär sucht gegen Pen- sionszahlung eine Stellung, in welcher er zu seiner weiteren Ausbildung unter der Ober- leitung des Prinzipals mit der Leitung der Wirthschaft betraut ist. Gefällige Offerten sub **U. V. 50** franco poste rest. **Breslau.**

### Ein Literat, der französisch und englisch spricht, wünscht am 1. April d. J. eine an- derweitige Hauslehrerstelle zu übernehmen. Gefällige Auskunft ertheilt Herr Hauptmann **Klahr** zu **Szelejewo** bei **Gonzawa**.

## Baker-Guano

importirt von **James R. Mc. Donald & Co.**, dessen Gehalt von 75 Proc. phos-  
**phors. Kalk** garant. wird, ist zu beziehen aus meinem **Hamburger General-Depot**  
a 2 1/2 Thlr. pr. Ctr. pro Brutto Ctr. in Partien von 300 Ctr. an.  
Ueber weitere Bedingungen behufs grösserer Abschlüsse ertheilt auf Anfragen direkt  
Auskunft.  
**Hamburg.** **Emil Güssefeld.**

En tout cas und Kinder  
empfehlend billigt  
**S. R. Kantorowicz,**  
Wilhelmsplatz 16.

Eine gangbare Drehrolle ist zu verkaufen im  
**Seidemann'schen** Hause, Berlinerstr. 27.  
Eine neue große Schul- und Notentafel nebst  
Gestell ist billig zu verkaufen **Bäckerstr. 10.**

Eine gangbare Drehrolle ist zu verkaufen im  
**Seidemann'schen** Hause, Berlinerstr. 27.  
Eine neue große Schul- und Notentafel nebst  
Gestell ist billig zu verkaufen **Bäckerstr. 10.**

**G. E. Beuth junior,**  
Graben Nr. 2.



